

Ostland-Berichte

Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Bei Rückfragen ist auf die am Schlusse jedes Artikels stehende Nummer Bezug zu nehmen.

Inhaltsverzeichnis.

Propaganda.

„Die sogenannten Kaschuben“	141
Kardinal Hofius	143

Forschungsergebnisse.

Krzywicki, L., Burgwälle in Litauen	144
Rudnicki, M., Die Namen der (westlichen) Slaven in den deutschen Urkunden	145

Politische Fragen.

Die Wiederaufrichtung Polens im Urteile eines italienischen Diplomaten	153
Die militärische Bedeutung Gdingens	155

Wirtschaftliche Fragen.

Polen und der Danziger Hafen	156
Kiedroń, J., Die Eisenbahn Oberschlesien-Gdingen	158
Legowski, St., Fortschritte im Bau des Gdingener Hafens	162
Der Hafen in Dembek	164

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

„Die sogenannten Kaschuben.“

Unter dieser Überschrift bemüht sich in der Posener Zeitung „Kurjer Poznański“ allen Ernstes ein Gerichtsdirektor J. Palecki nachzuweisen, daß die Kaschuben kein besonderer Volksstamm seien, und daß ihre Sprache keine besondere Sprache sei, sondern daß sie am Meere wohnende Polen seien, die ein verdorbenes Polnisch sprächen.

Die Kaschuben seien eigentlich erst durch den Dichter H. Derdowski entdeckt worden. Ceynowa, der die kaschubische Eigenart stark betont und wissenschaftlich untersucht hat, ist unserem Verfasser sichtlich unangenehm; er wird daher auch ganz kurz abgetan. Dann habe der frühere Posener Rechtsanwalt, jetzige Schulkurator B. Chrzanowski durch seine Erzählungen viel zur Kenntnis der kaschubischen Verhältnisse beigetragen.

Im Anschluß daran macht der Verfasser folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Viel ist geschehen, aber so sehr viel bleibt uns noch zu tun, besonders auf dem Gebiete der Geschichte und Sprachkunde. Bisher ist nämlich noch nicht bekannt, ob diese, unsere „Kaschuben“ wirklich die Nachkommen des alten Stammes der Kaschuben sind. Man kann es meines Erachtens als eine unbezweifelbare Tatsache ansehen, daß sie dies nicht sind. Der größte Erforscher unseres Küstengebietes, der vor zehn Jahren gestorbene Direktor des Ossolineums Dr. W. Kętrzyński, sah sie als am Meere wohnende Polen an, deren polnische Sprache — wie an anderen europäischen Küsten — der Einfluß des Meeres und das jahrhundertelange Zusammenleben mit den Deutschen verdorben hatte. Denn schon im Jahre 1308 nahmen die Kreuzritter Danzig ein. Noch auf dem Totenbette sagte mir Kętrzyński, daß der Stamm der Kaschuben den östlichen Teil des heute vollkommen eingedeutschten Pommerns

östlich von Stettin bewohnt hätte. Die Teutonen, indem sie sich in die baltischen Länder von der Ostseeküste her eindrängten, haben die Kaschuben zum Verschwinden gebracht und nannten jedesmal das vor ihnen liegende, noch nicht eroberte Gebiet Kaschubei. Kętrzyński fand im Archiv zu Stettin einen Jahrgang Stettiner Gerichtsprotokolle, die er nach Lemberg ins Ossolineum brachte. Diese Protokolle waren auf Antrag der Parteien, die vom Lande stammten, in polnischer Sprache abgefaßt. Und zwar hatten diese die polnische Sprache verlangt, weil sie der deutschen nicht mächtig waren. Diese Protokolle stammen aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Kętrzyński sagte mir, daß nicht er es gewesen sei, der bewiesen habe, daß die Bewohner dieser vier an der See gelegenen Kreise keine Kaschuben seien, sondern daß dies zuerst der evangelische Pastor J. Kobliſchke getan habe.“

Der Verfasser verweist hier auf den von J. Kobliſchke im 6. Heft der „Mitteilungen des Vereins für kaschubische Volkskunde“ veröffentlichten Aufsatz: „Zum Kaschubennamen“. Beweisend für die Annahme von Kobliſchke und Kętrzyński sei auch, daß bei den Ordensrittern, die sicher gewußt hätten, über wen sie herrschten, der Name „Kaschuben“ nicht vorkomme. Der Verfasser kommt mithin zu dem erwünschten Schluß: „Aus allem dem ergibt sich der berechtigte Schluß, daß die Bewohner dieser vier an der See gelegenen Kreise keine Kaschuben waren und daher auch nicht sind. Erst die nach den Teilungen wirksame preußische Politik schuf Kaschuben am Meere, um uns die Meeresküste als nichtpolnisch entgegenzustellen. Und wir sind ihnen darin gefolgt!“¹⁾ „Über jetzt in dem wiedererstandenen Polen könne dieser Fehler wieder gut gemacht werden: „Seit der Wiedergeburt Polens dringen wir zu den Herzen unserer am Meere wohnenden Brüder mit einer wirklich nationalen Kultur vor. Aber ihre Spezialität ist es, daß man auch auf religiösem und wirtschaftlichem Wege zu ihnen gelangen kann. Sie sind sehr religiös und verlangen von Polen Religiosität. Wenn man als Katholik ihr Vertrauen erworben hat, so kann man in gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit reichen Lohn ernten. Vor allem aber muß man den Kaschuben eine größere Verdienstmöglichkeit geben. Das ist die *conditio sine qua non* . . . Denn diese unsere Brüder sind unsere Avantgarde im Kampf um die Eroberung der Ostsee. Nur die am Meere wohnenden Polen sind unter uns ein Element, das seit Jahrhunderten für das Ringen mit dem Meere geeignet ist.“

Und dann gibt der Verfasser Rat schläge, wie man die Kaschuben gewinnen könne. Vor allem warnt er, in ihrer Gegenwart mit dem Gelde herumzuwerfen, das rufe nur Mißtrauen hervor, denn „Stärke, Verstand, genaues Rechnen, mühsam erworbener Verdienst, das sind Eigentümlichkeiten, die sie unter dem deutschen Herrn schätzen gelernt haben.“ . . . „Ihr Charakter ist kompliziert. Während der jahrhundertelangen Unfreiheit, da sie mehrfach den Herrn wechselten, ist ihre slavische Seele unter der Armut auf dem Sandboden mit dem Gefühl der Unsicherheit durchdrungen worden, zuweilen sogar mit Unaufrichtigkeit, die meist eine ökonomische Unterlage hat. Aber innen glüht polnisches Feuer.“ . . . „Vor dem Kriege wußten sie nur das von sich, daß sie keine Deutschen waren. Was sie waren, wußten sie nicht, und wissen sie nicht bis auf den heutigen Tag, denn dies weiß ja auch ganz Polen nicht; aber sie, die Kaschuben, haben nur sehr wenig eigene Intelligenz hervorgebracht. Sie lieben die reine polnische Sprache und hierdurch verraten sie ihre natürlichen Gefühle.“

Es ist eine beachtenswerte Tatsache, daß sie, die doch täglich in dieser verdorbenen polnischen Sprache reden, in der Derdowski geschrieben hat, diese Sprache im öffentlichen Leben nicht ausstehen können. Als ich in meiner „Gazeta Gdańska“ Stücke aus den Werken Derdowskis drucken ließ, da protestierten sie in Briefen an die Redaktion, und auf Derdowski waren sie wütend. Und derart ist die gewöhnliche Sprache der sogenannten „Kaschuben“.

¹⁾ Von uns gesperrt (Red.).

Aber wenn irgend einer der Pfarrer sich erlauben sollte, ihnen in der Predigt das Wort Gottes, das ihnen so eingeht, nicht in reiner polnischer Sprache, sondern in ihrer täglichen Umgangssprache vorzutragen, so würden sie, trotz ihrer großen Religiosität, aus der Kirche laufen oder mit Protest gegen die Kanzel vordringen.“

Diese Bemerkungen, die manche richtigen Beobachtungen aufweisen, fragen aber zu sehr die Absicht zur Schau, die Tatsache eines kaschubischen Sonderlebens, einer besonderen kaschubischen Kultur und Sprache, die natürlich der polnischen Behauptung von dem uralten Anrecht der Polen auf den Besitz der Ostseeküste im Wege sehen, hinwegzudiskutieren. Und dieses Bemühen dürfte, ganz abgesehen davon, daß historische Überlieferung und Sprachforschung, allen voran die grundlegenden Arbeiten des allgemein anerkannten Slavisten Dr. Lorenz¹⁾, ihr Urteil gesprochen haben, zur Erfolglosigkeit verurteilt sein.

[„Tak zwani Kaszubi“; in: „Kurjer Poznański“, Nr. 490 (24. X. 1928), S. 1.]

(86)

Kardinal Hosius.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung in der polnischen Geschichte, daß die eigentlichen Vertreter des polnischen Staatsgedankens meist nicht rein polnischer Herkunft gewesen sind. Zu den von deutschen Eltern herstammenden polnischen Patrioten gehört auch der langjährige Kirchenfürst des Bistums Ermland (1551—1579) Stanislaus Hosius. Und es ist kein Zufall, daß gerade von polnischer Seite ernstlich Versuche unternommen werden, beim Heiligen Stuhl seine Seligsprechung durchzusetzen. Diese Frage wurde zum ersten Male ernstlich auf der polnischen Bischofskonferenz beraten, die vom 24.—27. Juni 1923 in Czestochau stattfand. Um den Gedanken der Seligsprechung des Hosius in weiten Kreisen Polens populär zu machen und um eine gerechte Würdigung seiner Wirksamkeit vorzubereiten, hat der als Lehrer am Priesterseminar zu Plock wirkende Pfarrer Dr. Umiński eine kleine Biographie erscheinen lassen, bei deren Abfassung er sich aber nicht darauf beschränkt hat, die einzige bisher vorhandene und von einem Deutschen verfaßte Biographie (Dr. A. Eichhorn, Der ermländische Bischof und Kardinal Stanislaus Hosius, Mainz 1854/55) auszufahren, sondern er hat auch die in gemeinsamer Arbeit eines Deutschen und eines polnischen Gelehrten zu Stande gekommene Veröffentlichung der Briefe des Hosius benutzt. Dieses Werk: „Stanislaw Hosii epistolae“, das von Fr. Sipler und W. Zakrzewski in Krakau herausgegeben wurde, ist in zwei Bänden (1879; 1886/88) bekanntlich nur bis zum Jahre 1558 fortgeführt worden.

Umiński hat außerdem aber auch noch neuere und neueste polnische Literatur herangezogen, so z. B. die im Druck befindliche Arbeit des Pfarrers Dr. J. Wielowski: „Z działalności publicznej Stanisława Hozjusza“ und den Aufsatz von A. Kossowski: „Hozjusz i Orzechowski w ostatnim roku Soboru Trydenckiego“ (erschienen im Februar- und Märzheft 1928 der Zeitschrift „Przegląd Powszechny“).

Die Frage, ob Hosius bei seinem gegenreformatorischen Wirken im Ermland bewußt auch eine Polonisierung betrieben habe, scheint für den Verfasser dahin gelöst zu sein, daß Hosius hier als polnischer Patriot gewirkt habe. Diese Beurteilung von Hosius, die von bestimmten Voraussetzungen ausgeht und ein bestimmtes Ziel verfolgt, dürfte doch wohl irrig sein. Hosius ist in erster Linie Diener seiner Kirche gewesen. Daß sein gegenreformatorisches Wirken die Polonisierung Westpreußens stark gefördert hat, steht aber auch außer Zweifel. Immerhin ist jedoch gerade von deutscher

¹⁾ Es sei besonders verwiesen auf seine Geschichte der pomoranischen (kaschubischen) Sprache, Berlin-Leipzig 1925, und: Geschichte der Kaschuben, Berlin 1926.

katholischer Seite mit Recht betont worden, daß trotz dem eifrigen und energischen Vorgehen von Hosius und seines Nachfolgers, des ebenfalls von deutschen Eltern stammenden Fürstbischofs Kromer, gerade das Ermland eine seit jener Zeit unerschütterte kerndeutsche gebliebene katholische Bevölkerung aufweist.

Es ist zu bedauern, daß die Persönlichkeit des Hosius durch das Vorgehen von polnischer Seite wieder in den Streit der Gegenwarts politik hineingezerrt wird. So hat der gleiche Dr. Umiński die Frage der Seligsprechung des Hosius schon im Jahre 1925 in der polnischen theologischen Zeitschrift „Meneum Kaplańskie“ mit folgenden bezeichnenden Ausführungen behandelt: „Diese Angelegenheit ist in der gegenwärtigen Zeit um so dringender, als, wenn wir sie vernachlässigen, uns andere zuvorkommen. Die Deutschen denken nämlich schon lange an die Seligsprechung des Hosius. Es wäre dies — ein viel größerer Skandal als der Versuch der Deutschen, sich den Nikolaus Koppernikus anzueignen, und Polen darf in keinem Falle einen solchen Skandal zulassen“.

[Umiński, J., Stanisław Hozjusz; in „Żywoty Polaków i Polek dobrze zasłużonych ojczyźnie“, Nr. 1, Płock 1928, „Słowo Pomorskie“, Nr. 66 und 67 (20. und 21. III. 1928), S. 5 und 4.]

(89)

Krzywicki, L. Burgwälle in Litauen.

Der als Soziologe bekannte und als Professor an der Universität Warschau tätige Verfasser berichtet in der zu Ehren von Professor Brückner erschienenen Festschrift über das Ergebnis seiner Erforschung der Burgwälle (pilkalnis) in Litauen. Der Wert der mitgeteilten Beobachtungs- und Untersuchungsergebnisse wird dadurch beeinträchtigt, daß Krzywicki nicht Vorgesichtler von Fach ist und sein Bericht daher eine gewisse Systematik und genaue Beschreibung der Fundstätten und Fundstücke (besonders der Keramik) vermissen läßt. Dies ist um so bedauerlicher, als Krzywicki viel Zeit und Mühe auf diese Untersuchungen verwendet hat, denn während eines Zeitraumes von zehn Jahren sammelte er das Material, und von 1908—1914 nahm er Ausgrabungen vor. Es wäre zu wünschen, daß er das gesamte Material — er hat zahlreiche Vermessungen vorgenommen und photographische Aufnahmen gemacht — der Forschung in einer besondern Publikation zugänglich machte. Krzywicki hat sowohl im Westen Litauens, in den an die deutsche Reichsgrenze anstoßenden Gebieten als auch im Osten in der Gegend der Eisenbahnlinie Swieciany-Poniewiez Ausgrabungen vorgenommen. Und hier stellte er einen grundlegenden Unterschied fest: in allen westlichen Schloßbergen fand er reichliche Spuren von Getreide, während diese in den östlichen nahezu ganz fehlten! Ein zweiter grundlegender Unterschied ließ sich hinsichtlich der Beschaffenheit von Waffen und Hausgerät beobachten. In allen westlichen Burgwällen fand sich nicht ein einziges aus Knochen gefertigtes Gerät, sondern hier war Eisen als Material allein herrschend: Speer- und Pfeilspitzen, Messer, Scheren, Sporen. Aus Bronze waren gefertigt: Ketten, Anhänger und dergl. In den Burgbergen aufgefundenen Gußformen ergaben den Schluß, daß ihre Bewohner diese Eisengegenstände selbst gegossen haben.

Ein ganz anderes Kulturbild zeigen die Burgwälle in Ostlitauen. Zwar finden sich einzelne Geräte aus Eisen (Messer, Sicheln, Pflriem und Schneide). Auch Schmuckgegenstände aus Bronze sind vorhanden. Aber ihre Zahl ist verschwindend klein gegenüber der Masse der anderen Fundstücke, die alle aus Knochen gefertigt sind: Meißel, Ahlen, Grabstichel, Löffel, Angelhaken, und von Waffen: Pfeilspitzen, Lanzenspitzen, sehr schöne Dolche. Durch besonders glänzende Ausführung zeichnen sich Nadeln aus, sowohl hinsichtlich ihrer äußeren Form als auch ihrer

Festigkeit und Schwere. Einige von ihnen weisen sogar eine, wenn auch rohe Ornamentik auf.

Es zeigt sich also, daß zwischen den Bewohnern der Burgwälle im Westen und denen im Osten ein bedeutender Kulturunterschied bestanden hat. Möglich wäre, daß dieser Kulturunterschied zeitlich bedingt war, daß also die Burgwälle im Osten in eine frühere Zeit zu setzen wären. Auf Grund seiner Untersuchungen, die leider durch den Weltkrieg unterbrochen wurden und nach dem Kriege infolge der polnisch-litauischen Spannung nicht wieder aufgenommen werden konnten, kommt Verfasser zu dem Schluß, daß die von ihm untersuchten Burgwälle im Osten und Westen nahezu gleichzeitig sind. Die höhere Kultur der westlichen Burgwälle ist dadurch zu erklären, daß sie näher der Ostseeküste lagen und deren Bewohner der Beeinflussung durch Skandinavien und später durch den Ritterorden ausgesetzt waren. Die Anfänge der Burgwälle setzt der Verfasser in das 7. bis 8. Jahrhundert und ihr Ende in die Zeit der Kämpfe zwischen Litauern und dem Deutschen Ritterorden.

Als ältesten Fund verzeichnet Verfasser eine römische Münze, mit dem Bilde Mark Aurels, die durch angelötete kleine Ketten zum Schmuckstück (Anhänger) umgearbeitet worden ist. Diese stammte aus dem in Westlitauen bei Gabrieliszki gelegenen Burgwall. Außer diesem hat Krzywicki in Westlitauen noch einige Burgwälle, die offenbar zu einem sich längs der Dubissa hinziehenden Verteidigungssystem gehörten, untersucht. Die Größe der Burgwälle war meist derart, daß bis hundert Krieger in ihnen Platz fanden, nur einige wenige waren wesentlich größer. Die Art der Befestigungsanlagen, ob Pallisaden oder Mauerwerk anzunehmen sind, übergeht der Verfasser leider nahezu vollständig. Nur zur Frage, ob innerhalb der Burgwallhügel noch Räume oder Gewölbe gewesen sein könnten, wie sie von dem Chronisten Wigand von Marburg einmal (beim Tode des Margiera) erwähnt werden, bemerkt er, daß er Spuren solcher Räume nirgendwo gefunden, dagegen von den Umwohnern der durchforschten Burgwälle jedesmal die Erzählung gehört habe, daß früher im Innern der Burghügel Menschen gewohnt hätten. Bei der Untersuchung der Burgwallanlagen beobachtete der Verfasser mehrfach, daß, wenn diese Burgwallhügel nicht isoliert lagen, sie von einem Hügelrücken durch einen tiefen Graben abgetrennt worden waren. Diesen neben dem Burgwall liegenden Teil des Hügelns nennen die Litauer noch heute „pilate“, und Verfasser glaubt in ihm das in den Ordenschroniken erwähnte „suburbium“ wiederzufinden. Neben diesen „Pilate“ hat der Verfasser noch einen dritten Bestandteil des Befestigungssystems festgestellt, die „sargukalna“ = auf Anhöhen gelegene Warten. Außerdem sind vielleicht noch hinzuzurechnen: die „jokaskalna“ = Anhöhen, auf denen Feste gefeiert wurden, und „alkoskalnas“ = Opferberge.

[Pilkalnia na Litwie; in: „Studia staropolskie“ (altpolnische Studien), Krakau 1928, S. 154 ff.]

(82)

Rudnicki, M. Die Namen der (westlichen) Slaven in den deutschen Urkunden.

Bisher haben wir zeigen können, von welchem Geiste die wissenschaftliche Tätigkeit des Direktors des „Westslawischen Instituts an der Universität Posen“ geleitet wird. (Vgl. den Bericht über seine Schrift „Pommern“, Ostland-Berichte, Jhg. 1, Nr. 1, S. 10.) Ferner haben wir die Eigenartigkeit seiner wissenschaftlichen Beweisführung und Methode kennengelernt. (Vgl. Ostland-Berichte, Jhg. 2, Nr. 5, S. 92; Nr. 6, S. 105; Nr. 7, S. 122.) Über den vorliegenden Aufsatz wird deshalb so ausführlich und mit so vielen wörtlichen Zitaten berichtet, damit der deutsche Leser erkenne, wie sehr die politische Einstellung dieses Posener Professors auch seine streng wissenschaftlich sein sollenden Arbeiten beherrscht, und wie er sich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift in seinem Fanatismus zu

Ausdrücken und Behauptungen hinreißen läßt, die schon in politischen Streitschriften und in Aufsätzen der Tagespresse einen peinlichen Eindruck hervorrufen würden. Der deutsche Leser wird erkennen, wie weit man im Westslawischen Institut in Posen noch von der mit Recht geforderten moralischen Abrüstung entfernt ist. Die deutsche Forschung aber wird, wenn sie sich noch selbst achtet und auch noch auf die Achtung der wissenschaftlichen Welt Wert legt, es ablehnen müssen, zu einem Forscher, der in so unerhörter Weise alles, was deutsch ist, schmähzt, auch nur irgendwelche Beziehungen wissenschaftlicher Natur zu unterhalten.

Der Verfasser bespricht zunächst allgemein den Namen Wenden, den er als aus dem Slavischen vor der ersten Lautverschiebung entnommen ansieht: „Hieraus geht hervor: wenn wirklich die germanischen Namen der Slaven zu den Deutschen bzw. Angelsachsen und Nordländern von den Slaven bzw. Urslaven kamen, so scheint natürlich die Nachbarschaft der Urslaven und Urgermanen vor der ersten germanischen Lautverschiebung keinem Zweifel zu unterliegen. Diese Nachbarschaft würde ein vollständig neues und unerwartetes Licht auf die sogenannte Urheimat der Slaven werfen.“

Allerdings lassen einige Gelehrte Ansichten laut werden, daß schon der bloße Begriff der Urheimat überflüssig und sogar schädlich sei, aber diese extreme Reaktion gegen den Mißbrauch dieses Begriffs für die Zwecke eines räuberischen Nationalismus — ist zu extrem. Der Begriff der Urheimat ist eng verbunden mit dem Begriff der Ursprache und des Urvolks und ist ihr Korrelat: solange sich die Wissenschaft dieser Begriffe bedienen wird, muß auch der Begriff der Urheimat da sein. Es ist überaus zweifelhaft, ob es nicht ein Rückgang der Wissenschaft wäre, wenn wir uns bemühen würden, den Begriff der Ursprache zu eliminieren. Soweit es sich dabei um die Zukunft handelt, ist es zweifelhaft, woher die endgültige Lösung der Verschiedenartigkeit der menschlichen Sprachen kommen soll, aus der Untersuchung psychologisch-sprachlicher Daten oder auch historisch-sprachlicher? Soweit es sich um mich handelt, bin ich der Ansicht, aus beiden Quellen. Deshalb behaupte ich zugleich, daß die Fragen der Ursprache und der Urheimat ebenso wichtig sind für die letzten Ziele unserer Wissenschaft wie die Feststellung der grundsätzlichen psychologisch- und philosophisch-sprachlichen Anschauungen.

Die Urheimat der Slaven würde also in der Nähe der Urheimat der Germanen gelegen haben. Diese Völker hätten miteinander in Berührung gestanden seit den Anfängen der Spaltung des Urvolks und der Ursprache der Indoeuropäer in die einzelnen indoeuropäischen Urstämme. Es ist wahrscheinlich, daß nur ein westslavischer Stamm sich mit Derivaten vom Stamme *V a n- benannte, der Stamm nämlich, der der nächste Nachbar der Germanen war. Möglich ist auch, daß der Stamm *V e n- zur Bezeichnung der Urslaven in Gebrauch war und sich nur an der germanisch-slavischen und slavisch-finnischen Peripherie erhielt, denn bei den Finnen tritt der Name V e n ä j ä = „Slaven“ (Stamm venät-) auf. Dieser finnische Stamm venät- kann geradezu die Fortsetzung von slav. *V e n- e t- oder vielmehr *V e n- ê t- oder *V e n- o t-, *V e n- a t- sein wie die germanischen Namen. Die Vermittlung der Goten ist hier überhaupt nicht notwendig. Die Tatsache des Auftretens dieses Namens bei Germanen und Finnen scheint dafür zu sprechen, daß er der Name war, der für alle Urslaven in der Zeit gleich nach der Absonderung des slavischen bzw. baltoslavischen Urvolkes angewendet wurde . . . Der Name S l o v â n würde ein späterer sein bzw. würde er auf einen anderen Zweig des slavischen Urvolks angewendet und hinter dem Rücken des Namens *V e n- e t/ o t/ a t erwachsen sein. Vgl. in dieser Beziehung die polnischen Verhältnisse, den Namen L ę c h; vgl. lit. L ę n k a s; russ. L j a c h; magiar. L e n g y e l und die späteren P o l a k, P o l s k a, P o l o n i a usw., die mit der Suprematie der Polanen an der Warthe in Verbindung stehen.“

Rudnicki stellt dann fest, daß in den deutschen Quellen der Name Wenden sich auf zwei Mittelpunkte beziehe: im Süden auf

(Die Namen der [westlichen] Slaven.)

die Lausitzer und im Norden auf die lechischen Slaven: „Die Namen *Winida- im Süden sind aber nicht so sicher slavisch wie im Norden, denn im Süden besteht die Möglichkeit keltischer Reste und keltischer Onomastik. Was die lechischen Verhältnisse betrifft, so sind einige Vorbehalte zu machen. Vor allem lassen sich der Stamm *Winida- bzw. seine suffixalen Nebenformen feststellen 1. in ethnischen Namen, d. h. in Namen von Völkern, Ländern und Gegenden, 2. in Ortsnamen, 3. in Personennamen. Da ich kein Historiker von Beruf bin, kann ich mich nicht mit der genaueren Feststellung des Bedeutungsbereiches der einzelnen Ausdrücke sowohl im geographischen, wie im historisch-chronologischen Sinne befassen.

Diese Fragen erfordern ein genaues Fachstudium. Deshalb muß ich mich in den folgenden Bemerkungen auf die Anführung einiger Tatsachen beschränken, deren genauere Untersuchung den Historikern überlassen bleiben muß. Das Mecklenburgische Urkundenbuch notiert in den Registern im Bande IV, XI usw. folgende Namen: Wenden, Wendland, Sclavi, Slavia, Winedi, Wandali, Wenedi, Slavia Transalbina, Sclavonia, Sclavia, Slavorum terra, Land to Weneden, Wenden, Wentland, Wendenlant, Wentslavia. Nicht immer läßt sich auch nur im allgemeinen der geographische Bereich dieser Ausdrücke feststellen, besonders da auch zeitweilig diese Begriffe mit der Veränderung der Staatsgrenzen, des Besitzes usw. sich verschieben. Es scheint aber sicher, daß die Bezeichnungen mit dem Stamme *Ven- mit verschiedenen Suffixen besonders stark am Lande Werle hafteten, das am linken Ufer der Warnow an ihrem mittleren Laufe südlich von Rostock in Mecklenburg liegt. Bisweilen umfaßt diese Bezeichnung auch Güstrow mit, das am rechten Ufer der mittleren Warnow noch weiter nach Süden liegt als Werle.“

Rudnicki wendet sich dann der Besprechung der Ausdrücke Slavi usw. unter ausführlicher Angabe der Belege (in der ganzen Arbeit stützt er sich auf das Mecklenburgische Urkundenbuch) zu und kommt zu folgenden Schlüssen: „Wie aus obiger Übersicht hervorgeht, besitzen die Ausdrücke Slavus, Slavia (Sclavonia) 1. ethnographisch-politische, 2. territorialpolitische, 3. ethnisch-sprachliche, 4. religiöse Bedeutung, 5. weist der Ausdruck Slavus vielleicht auch ständische Bedeutungselemente auf, unabhängig von der Bedeutung Sclavus = Sklave. Die Bedeutungsentwicklung dieser Ausdrücke beruht auf dem stufenweisen Verlust der politischen und politisch-territorialen Elemente, der religiösen und ständischen Elemente. Am stärksten erhalten sich bis auf den heutigen Tag die ethnisch-sprachlichen Elemente. Zum Teil nehmen infolge des verengten politischen Gesichtskreises der unmittelbaren Nachbarn der Slaven und gleichzeitig infolge der Bereicherung des semantischen Bereichs mit lokalen Dingen die Ausdrücke Slavia, Slavi die Bedeutung eines konkreten Landes — Mecklenburgs — an. Vielleicht ist der Anlaß hierzu auch der Umstand, daß andere Teile des baltischen Lechiens schneller der Germanisierung erlagen, besonders in den oberen Schichten, die von Natur der Dinge die Vertreter des betreffenden Landes nach außen sind. Vielleicht auch, und das ist wichtig, weil sich in Mecklenburg die alte slavische Dynastie am längsten erhielt, die, obgleich sprachlich und politisch im Verhältnis zum deutschen Kaisertum vollständig verdeutscht, doch traditionell die Erinnerung an ihre lechische Herkunft bewahrte. Im Bereiche der Grenzen der Staaten und Staatchen mit einer ethnographisch slavisch-lechischen Unterlage hielt sich der Ausdruck Slavi kräftig in ethnischer Bedeutung. In diesem Sinne gewann er die Oberhand über die anderen Ausdrücke, die mit dem Namen der Slaven zusammenhängen. Das war auch der Grund, daß von den zwei Nebenformen Slavus/Sclavus die slavische Form Slavus die Oberhand bekam, indem sie die Form Sclavus bzw. *Sclavon- auf die Bedeutung „Sklave“ beschränkte. Dieser Umstand ist gleichzeitig ein Beweis, daß im Namen Slavus bei den Fürsten und Völkern slavischer Herkunft die semantischen Elemente ethnischer Natur überwogen, während bei den Deutschen die semantischen Elemente der Bedrückung, Verachtung,

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

schlechten Behandlung und Abneigung überwogen; das war die positive Ursache, weswegen im Ausdruck Slavus in der verdeutschten Gestalt Sclavus die Bedeutungselemente „Sklave“ siegten. Dieser Umstand erläutert bezeichnend das Verhältnis des einheimischen lechischen Elements zur slavischen Bevölkerung sowie des feindlichen deutschen Elements, das die slavische Bevölkerung ausbeutete und bedrückte.

Es fällt die Tatsache auf, daß bei den Fürsten usw. slavischen Herkommens sehr wenig politische Momente in der semantischen Struktur des Ausdrucks Slavus vorkommen; vorwiegend, und man könnte sagen, fast ausschließlich treten nur ethnische Momente auf. Es ist das leider ein sehr schlechtes Zeugnis für die politische Reife der Aussteller lechischer Abkunft. Dieser Umstand erklärt und begründet in großem und vielleicht im größten Maße die zuerst politische, später auch ethnische Germanisierung der lechischen Slaven und ihre langsame Umwandlung in politische und dann auch sprachliche Deutsche. Zu den Ursachen der Germanisierung, die von A. Brückner Slav. Occ. V. 81 ff. hervorgehoben sind, kommt noch der eben besprochene, sicher wichtigste, hinzu. Dieser Mangel an Selbstbewußtsein, der Mangel der richtigen Abschätzung der eigenen Eigentümlichkeiten und die Neigung, kein größeres Gewicht auf sie zu legen, ist sehr charakteristisch und in vielen Fällen typisch sowohl für die Lechen, die der Germanisierung erlagen, als auch für die, die noch geblieben sind (die Polen). Die politische und sprachliche Germanisierung ist noch keine psychische und körperliche Germanisierung¹⁾. Deshalb gibt es eine große Menge psychischer und körperlicher Lechen im Osten Deutschlands.“ —

Rudnicki bespricht weiter, ebenfalls unter Beibringung eines reichen Materials, das Nebeneinander der Formen Slavi und Sclavi und kommt zu folgenden Schlüssen: „Obige Zahlen charakterisieren am besten die Form Slavi, besonders in Zusammenstellung mit den Resultaten, die man durch Untersuchung des Auftretens der Form Sclavi gewinnt. Es lassen sich folgende Schlüsse feststellen: 1. Die Form Slavi ist die einheimische, slavische, lechische Form; 2. diese Form erscheint am frühesten, nämlich im 9. Jahrhundert (836), sie hat ständig das Übergewicht, selbst in der Zeit des Auftretens der Form Sclavi, und herrscht nach 1302 wieder ausschließlich; 3. Slavi (viermal) in Urkunden des dänischen Hofes, stammt zweifellos von Lechisten, das einmalige Sclavi aber ist die niedersächsische (deutsche) Form; 4. auch die Form Slavi in den Urkunden des Kaisers (zweimal), Papstes (zweimal), Heinrichs des Löwen (einmal) ist die lechische Form oder wenigstens das Resultat lechischer Beeinflussung; 5. der spätere Sieg der Form Slavi weist darauf hin, daß die Form Sclavi eine zeitweilige Erscheinung auf dem deutschen Sprachgebiet von einer zeitlichen Ausdehnung von ungefähr vier Jahrhunderten ist. Der Übergang des anlautenden Sl in Scl (Slavi—Sclavi) besitzt also die Merkmale eines vorübergehenden Lautgesetzes, das als ausdrückliche Tendenz im 9. Jahrhundert auftrat und bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts dauerte. (1302 zum letzten Mal Sclavi, 1321 zum letzten Mal Sclavia); 6. mit der Zeit, als auf dem deutschen Sprachgebiet das Lautgesetz sl—scl(=skl) zu wirken aufhörte, gewann die Form Slavi, die beständig vom einheimischen lechischen Element gebraucht wurde, wieder die Oberhand, festigte sich endgültig als abermalige Entlehnung aus den lechischen Dialekten und bleibt im Deutschen bis zum heutigen Tage. Das Verhältnis Slavia:Sclavia erlaubt endgültig dieselben Schlüsse zu ziehen, aber mit dem Unterschied, daß die Form Sclavia die semantischen Bedingungen für ein Selbständigwerden nicht erwarb und deshalb im Laufe der Zeit als überflüssig unterging.“ —

Nach einer Besprechung verschiedener lautlicher Verhältnisse — dabei werden auch der Name der Stadt Schlame und die mit dem Slavennamen, dessen Ethymologie versucht wird [er soll von einer

¹⁾ Was Rudnicki unter „körperlicher Germanisierung“ versteht, ist nicht zu erkennen. (Red.)

(Die Namen der [westlichen] Slaven.)

Wurzel *sleu* = „fließen“ [stammen], zusammenhängende suffixale Bildungen berührt — behandelt Rudnicki das Auftreten dieses Volksnamens in der Bedeutung „Sklave“ und bemerkt dazu: „Mit dem Namen *Slov wurde das mittelalterliche Griechisch und Latein durch die Slaven selbst auf dem Balkan, im nördlichen Istrien, Dalmatien und auf den adriatischen Inseln bekannt. Aber auf diesem ganzen Gebiet traten die slavischen Völker als Sieger auf, und man kann deshalb nicht annehmen, daß gerade diese Gebiete der Hauptlieferant slavischer Sklaven waren. Gewöhnlich ist es so, daß Sklaven vor allem von unterworfenen Völkern geliefert werden, die der Übermacht erliegen, verfolgt und aus ihrem Lande verdrängt werden. Ein einziges slavisches Land war in dieser Lage, nämlich das westslavische Land: das tschechische, lausitzische und lechische, besonders aber das letztere.

Die Deutschen vernichteten die Lechen (und Lausitzer) und zwar mit schändlichen Methoden, sowohl vom Gesichtspunkt der christlichen Grundsätze aus, die in jener Zeit schon die Deutschen selbst bekannten, wie vom sozialen Gesichtspunkte, dem sogenannten Humanitarismus aus. Besonders feststehende historische Tatsachen sind: daß der Kaiser Heinrich der Vogler im 10. Jahrhundert Verbrecher an den slavischen Grenzen ansiedelte mit der Freiheit, zu tun was sie wollten; Markgraf Gero ermordete die hinterlistig betrunken gemachten Führer der slavischen Stämme und verfuhr sicher noch gemeiner mit dem slavischen Volk; Heinrich der Löwe, aus dessen Urkunden Haß und Verachtung für die Slaven atmet, vernichtete die Slaven wo er nur konnte, henkte die Waffenlosen usw. Besonders im frühen Mittelalter begegnet man in den deutschen Urkunden der Wendung „*eiectis Sclavis*“ oder Spuren, daß einst gerade dort, wo in der gegebenen Zeit schon Deutsche wohnten, früher Slaven gewohnt hatten. Selbst in den oben beigebrachten Urkunden finden sich solche Wendungen, was um so mehr überrascht, als diese Urkunden nicht von diesem Gesichtspunkt aus gesammelt wurden. In den Chroniken ist davon häufig die Rede

Die Frage ist, wo die Slaven blieben, die systematisch aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Teilweise wissen wir das aus den Urkunden. Sie bauten für sich neue Ansiedlungen auf schlechterem Boden in der Nachbarschaft ihrer alten Sitze; zum Teil siedelten sie sich in anderen Gegenden an, die vielleicht deutsch oder schon verdeutsch waren oder sich erst gerade verdeutschten, gleichfalls auf schlechterem Boden, da gerade der bessere von den Deutschen schon eingenommen war. Zum Teil, wie ich das „*Slavia Occidentalis*“, III/IV, S. 374/75 und V, S. 418, angenommen habe, gingen sie weiter nach Osten, d. h. nach Pommern und aus Pommern nach Polen, und zum Teil, und das vielleicht sehr ausgiebig, wurden sie in der Sklaverei verkauft. Dieser letzte Umstand war einer der wichtigsten Faktoren der schnellen Germanisierung der slavischen Länder. Diese Annahme hat alles für sich: moralische Skrupeln hatten die Deutschen in dieser Hinsicht nicht; die Gier nach den aus dem Verkauf slavischer Sklaven erzielten Gewinnen war zweifellos hinreichend; Vermittler (Juden) gab es schon in jener Zeit in Deutschland¹⁾.

Wir haben Beweise, daß selbst im 18. Jahrhundert die Deutschen Menschen verkauften, z. B. an die Engländer zum Kriegsdienst; die brandenburgischen Kurfürsten raubten ausgiebig Menschen aus Polen und anderswoher; Friedrich der Große veranstaltete ganze Expeditionen nach Rekruten nach Polen zu Ende des 18. Jahrhunderts; er raubte Mädchen²⁾ usw. Selbst in der Zeit des Großen Krieges (1914—1918) ließen die Deutschen sich als Räuber von Menschenmaterial²⁾ in Frankreich, in Belgien und besonders in Polen und Rußland erkennen. Solche Annahme ist also durchaus nicht unpassend zu dem Verhalten der Deutschen fremden Völkern gegenüber.

1) Man beachte diese gerade auf die Psyche der Provinz Posen berechnete Zusammenstellung: Deutsche und Juden als Vernichter der Slaven! (Red.)

2) Von uns gesperrt. (Red.)

Es besteht also die Möglichkeit, daß gerade die Deutschen die Hauptlieferer slavischer Sklaven in den romanischen Ländern und vielleicht sogar für die Araber waren. Hieraus würde zugleich hervorgehen, daß die Bedeutung *Sclavus* = *Sklave* entweder ausschließlich oder in bedeutendem Maße sich auf einen deutschen semantischen Prozeß stützt, hervorgerufen durch faktische Verhältnisse in Deutschland. Diese Folgerung ist um so mehr angezeigt, als neben der Form *Sclavus* = *Sklave* auch die Form ohne mittleres „k“ in derselben Bedeutung besteht und zwar in den Ländern, in denen die Lieferer slavischer Sklaven nur die Deutschen gewesen sein können. Es sind das holländ. *slaaf* = „Sklave“; engl. *slave* = „Sklave“. Dann können auch franz. *esclave*, it. *schiaavo* direkt aus dem Deutschen stammen. Nur in einem beträchtlichen Teil des deutschen Sprachgebiets wurde *sl-* zu *skl-*, also kann man **Sklavon-*// **Slavon-* = „Sklave“ dreist als ein Geschöpf der Verhältnisse ansehen, die von den deutschen Unterjochern in den unglücklichen lechischen und lausitzischen Ländern geschaffen waren.

Gegen diese Auffassung der Frage *Sclavus* = *Sklave* könnte man die Beweisführungen Baists, Kluges und Skoks anführen. Skok gibt kein Argument, ebenso Kluge und nur Baist bringt den Vorbehalt vor, daß man in Deutschland die *Slaven Wenden*, ahd. *Winida* und nicht *Sclavus* nannte. Und daß die Bezeichnung der unfreien Klasse vom Stamme **Slov-* am frühesten bei den Arabern in Spanien in der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts auftrete. Demgegenüber verweise ich jeden auf meine oben vorgebrachten urkundlichen Nachweise, aus denen hervorgeht: 1. daß im 9. Jahrhundert in Deutschland (Franken) die Ausdrücke *Slavi*// *Winedi* synonym waren; dasselbe geht aus den fränkischen Chroniken hervor; 2. daß wenigstens in der Sammlung des Mecklenburgischen Urkundenbuches der Ausdruck *Winedi* auch nicht einmal gebraucht wird in der Zeit von 846—1158, d. h. über 300 Jahre, d. h. gerade in der Zeit der intensivsten Ausrottung und Enteignung der Slaven und ihres wahrscheinlichen Verkaufs in die Knechtschaft; 3. daß . . . die Ausdrücke *Winedi* // *Slavi* (*Slavi*) anfangen, sich in Deutschland so in der Bedeutung zu differenzieren, daß *Winedi* bezeichnete: „heidnische, also freie Slaven“, während *Sclavi*, *Slavi* = „christlicher also unfreier Slave“.

Die letzte Annahme supponiert allerdings eine seltsame Psychologie bei den deutschen Unterjochern, aber es scheint, vollständig mit Recht, da man dieselbe Beobachtung bei den deutschen Kreuzrittern machen kann, als diese die alten Preußen im 13. und 14. Jahrhundert bekehrten, sowie nunmehr bei den modernen Preußen-Deutschen, welche die östlichen Lechen (Polen) in den Provinzen enteignen, welche sie den Polen in der Zeit der Teilungen Polens fortgenommen haben. Im preußischen Landtage behauptete v. Zedlitz, Mitglied der preußischen freikonservativen Partei, daß die Polen den Deutschen ihre Herzen geben müßten, und wenn sie die nicht geben wollten, müßten sie ihr Land abgeben. Die Psychologie der Völker unterliegt keiner schnellen Veränderung, deshalb kann die Mentalität¹⁾ des 20. Jahrhunderts auch im 11.—12. Jahrhundert bestanden haben, nur in einer viel brutaleren und rücksichtsloseren Form.

So wurde der Slave-Leche, wenn er das Christentum annahm, gleichzeitig Sklave. Die faktischen Verhältnisse besonders in den lechischen Ländern ermöglichten dies Ergebnis, denn wir haben Beweise, daß die lechischen Slaven ihre deutschen Bekehrer so haßten, daß sie nur unter Zwang das Christentum annahmen, und, wenn sie nur konnten, es abwarfen. Es versteht sich, daß unter diesen Umständen nur faktische slavische (= lechische) Sklaven (Kriegsgefangene) ständige Christen werden konnten.

Auf die Kolonisation und Germanisation des slavischen Ostens sind die Deutschen stolz. Wenn man die materiellen

1) Im polnischen Text: „rozumowanie“. (Red.)

(Die Namen der [westlichen] Slaven.)

Resultate dieser Aktion abwägt, — mit Recht. Ausgedrückt hat diese Ansicht z. B. K. Hampe (Der Zug nach dem Osten. Die kolonialisatorische Großtat des deutschen Volkes. Leipzig, Berlin 1921). Den Grundsätzen der Menschlichkeit und des Evangeliums gegenüber, das die Deutschen damals bekannten und jetzt — wie sie behaupten — bekennen, ist das¹⁾ aber eine „Schandtät“²⁾. Es ist wert, hierauf die Aufmerksamkeit der noch übrigen Lechen (Polen) und aller Völker zu lenken, die Deutschland umgeben. Die deutschen Methoden und Laster müssen aufhören im Interesse der Völker, die mit Deutschland grenzen, im Interesse der Welt und der Menschlichkeit sowie der internationalen Moral³⁾. Das Los der westlichen (baltischen) Lechen bereiteten die Deutschen den alten Preußen im 13.—14. Jahrhundert. Jetzt wollen sie dasselbe tun den Polen, Litauern, Belgiern und Franzosen und nach Möglichkeit zweifellos auch anderen Völkern³⁾. Proben davon gab der Krieg von 1914—1918. Die Niederlage Deutschlands durch fast die ganze verbündete Welt hat dem vorgebeugt.

Aber diese (einmalige) Niederlage hat zweifellos bei den Deutschen die eingestieten Unarten nicht ausgerottet, die sich gebildet haben im Laufe der jahrhundertelangen Bedrückung der Lechen, Lausitzer, alten Preußen. Diese Unarten stecken immerfort in den Deutschen und deshalb ist eine genaue Erforschung der geschichtlichen Schichtungen im Charakter des deutschen Volkes heute mehr aktuell als jemals — eine objektive und unparteiische Erforschung, die aber nicht weniger wahrheitsgetreu ist und den Größenwahn nicht schont, der sich infolge der jahrhundertelangen Erfolge im deutschen Charakter eingestietet hat. Dies liegt im Interesse der ganzen Menschheit und auch der Deutschen selbst. Der rein kommerzielle Gesichtspunkt in der Geschichte der Menschheit läßt sich nicht halten. In das deutsche Volk gingen gewaltige Massen von Slaven, Lechen und Lausitzern auf. Auch der Charakter des deutschen Volkes muß dadurch eine Veränderung erfahren haben, denn die Deutschen, besonders die östlichen, sind fast ausschließlich slavisch-baltisch-germanische Mischlinge. Diese Fragen sind wertvoll für die Beurteilung der Psychologie der Völker.“

Weiter bespricht Rudnicki das Land Wenden und bestimmt dies in der Hauptsache als das Land Werle an der Warnow: „Bei der Beschreibung der Bedeutungsentwicklung Slavia // Sclavia konnte auf Grund der Urkunden die stufenweise Verengung auf Mecklenburg festgestellt werden. Nichts ähnliches läßt sich beim Namen des Landes tu Wen(e)-d-(h)-en feststellen. Der Name tritt sogleich als mit dem Lande in nicht näher bekannter Weise verbunden auf, und deshalb erscheint die Behauptung begründet, daß der urkundliche Name kein Ergebnis historischer Entwicklung ist, sondern seit vorhistorischen Zeiten in dem Lande steckt. Die geographische Lage und die Struktur der Oberfläche des Landes im Lande tu Wen-(e)-d-(h)-en ist wasserreich, sumpfig, torfig. In alten Zeiten waren dort viele Sümpfe, Torfbrüche, Wiesen, Moore usw. Ich erinnere daran, daß ich „Slavia Occidentalis“ V, S. 477/78, darauf hingewiesen habe, daß gerade in der Nachbarschaft dieses Landes sich Namen von Personen und Ortschaften feststellen lassen, die in deutlichem Zusammenhang mit dem Namen des Landes stehen . . . Auf diesen Grundlagen kann man mit Recht behaupten, daß dies Land der Ausgangspunkt ist für die Benennung urgerm. *Winida-, welche die Slaven bezeichnet. Ich erwähne zum Schluß, daß die für slav. *Ven-(e)-t- von mir „Slavia Occidentalis“ V, S. 468 ff. gegebene Ethymologie mit dem Charakter des Landes tu Wen-(e)-d-(h)-en auf das vollständigste übereinstimmt.

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

1) Gemeint ist damit die Kolonisation und Germanisation des slavischen Ostens. (Red.)

2) Im polnischen Text steht das deutsche Wort. (Red.)

3) Von uns gesperrt. (Red.)

Im allgemeinen könnte man dann die Hypothese aufstellen: Die Urgermanen entnahmen den Namen *Winida- dem Lande, das auch in historischer Zeit einen Namen trägt, der von demselben Stamm gebildet ist, d. h. dem Lande tu Weneden. Die urgermanische Entlehnung geschah mehrmals und zwar in verschiedener Gestalt bald mit dem Suffix -to-, bald -eto-, -oto-, -ato-, und man könnte sogar behaupten, daß die germanische Entlehnung in einer sehr frühen Zeit geschah, d. h. als es noch keine thematische Abwandlung dieser Bildung gab, sondern nur eine konsonantische Bildung. Es handelt sich hier um den nord. Pl. *vinthr* = „die Wenden“, aus älterem *Vene(e)tes. Das würde zu der wahrscheinlichen Wirklichkeit passen, d. h. daß das erste Zusammentreffen mit den Bewohnern des Landes tu Weneden auf dem Seewege damals stattfand, als die Urgermanen um die Halbinsel Jütland und die dänischen Inseln gruppiert waren. Erst später berührten sich die Bewohner des Landes tu Weneden mit Germanen an ihrer westlichen und südwestlichen Grenze, als weitere Derivate mit Hilfe der Suffixe -et-, -ot-, -at- entstanden waren.

Aber nur die vom Hauptstamm abgeschnittene Masse, welche die Elbe in der Gegend der Havel- und Eldemündung überschritt, erhielt den alten Stamm *ven-* ohne Erweiterungen, worauf ich „*Slavia Occidentalis*“ V, S. 478 hingewiesen habe. Aus der Erwägung, daß die Wortbildungsprozesse, durch welche die Namen *Veto-, *Ven-et-o, *Ven-ot-o, *Ven-at-o und auch der konsonantische Stamm *Vent- entstanden, auch den westslavischen Sprachen, insbesondere den lechischen eigentümlich sind, ergibt sich die positive Möglichkeit, zu behaupten, daß gerade von den lechischen Bewohnern des Landes tu Weneden oder des Flußgebietes der Warnow die Urgermanen ihren Namen zur Bezeichnung der Slaven entlehnten. Diese Behauptung ist um so wahrscheinlicher, als es dafür historische Daten gibt, daß der besprochene Stamm im Lande tu Weneden weiter lebte und wortbildnerisch entwickelt wurde.

Man kann natürlich auch eine andere Hypothese aufstellen, z. B. daß der Name des Volks im Lande tu Weneden nicht von den Slaven stammt, sondern z. B. von den Nordillyriern, wie Kossinna behauptet und was A. Brückner z. B. glänzend nennt. Man kann weiter behaupten, daß die Slaven damals im Osten saßen, wie K. Moszyński behauptet usw. Persönlich lege ich nicht viel Gewicht auf Hypothesen, von denen man viele ersinnen kann bei guter Phantasie, aber darauf, daß die anderen Hypothesen keine solche sprachlichen Tatsachen zur Stütze haben wie die Hypothese, die ich vortragen habe. Das ist gerade das Wesen der Sache. Allerdings können diese sprachlichen Tatsachen eine andere hypothetische Aufklärung finden, aber man muß sie erst geben. Augenblicklich scheint es mir das Einfachste zu sein, die Erklärung zu geben, die ich gerade gegeben habe.“ —

Rudnicki bemerkt dann noch, daß der Name „Wenden“ wesentlich deutschen Charakter habe, in Dänemark werde er als Germanismus gebraucht. Aber sein Vorkommen sagt er: „Das erste Mal wird der Ausdruck *Wenedi* in Aachen gebraucht (Ludwig der Fromme 834, I, 3), also im Südwesten des Landes, in dem ich das Entstehen des Ethnikons *Ven-(e)t-o- lokalisiert habe und wirklich in dem ihm am nächsten liegenden deutsch-fränkischen politischen Mittelpunkt. Zum zweiten Mal allerdings gebrauchte diesen Namen fast sicher die Kanzlei des Papstes Sergius II., aber zweifellos unter dem Einfluß des fränkischen Hofes, deshalb besitzt dies Zeugnis keine selbständige Bedeutung. Dagegen kommt der zweite Gebrauch dieses Ausdrucks, der selbständige Bedeutung besitzt, auch aus dem Südwesten des Landes tu Weneden, d. h. aus (Nieder-) Sachsen nach einer Unterbrechung von 300 Jahren. Der dritte in Schwerin, der vierte in Dobbetin, der fünfte von den brandenburgischen Markgrafen usw., was übrigens nur ein Zeugnis für den allgemeinen Gebrauch dieses Ausdrucks ist. Das würde vielleicht auf die ursprüngliche Lokalisierung des besprochenen Ethnikons im nördlichen Westen der lechischen

(Die Namen der [westlichen] Slaven.)

Slaven hinweisen. Voller Licht wird auf diese Frage aus einer Untersuchung anderer Urkundensammlungen fallen, besonders der, die sich auf die Lausitz, Altmark und Thüringen beziehen, die aber erst in den folgenden Bänden der „Slavia Occidentalis“ ausgeführt werden kann.“

Die Resultate seiner Untersuchung faßt Rudnicki in folgenden Sätzen zusammen:

„1. Die Bezeichnungen *Sclavus* // *Slavus* sowie *Wenedi* usw., die in den Urkunden und in der deutschen Sprache begegnen, haben ihre Quelle in den slavischen, genauer westslavischen, lechischen Dialekten.

2. Die Bezeichnung *Wenedi* usw. hatte ihren Ausgangspunkt im Lande *tu Wen-(e)-den*, das im Flußgebiet der Warnow, d. h. bei den östlichen Obotriten liegt; die Bezeichnung *Sclavi*//*Slavi* ist ohne deutliche Lokalisierung, aber am wahrscheinlichsten in Pommern und im westlichen Mecklenburg, d. h. bei den westlichen Obotriten, und sicher auch anderwärts; besonders war diese Benennung auch außerhalb der Grenzen Deutschlands verbreitet.

3. Diese Bezeichnungen sind slavischer Herkunft. Aber die semantischen Entwicklungen dieser Bezeichnungen, besonders die Entwicklung *Sclavus*—*captivus* ist entweder ausschließlich oder zum großen Teil deutscher Herkunft, was durch die tatsächlichen Verhältnisse, die besonders in den lechischen Ländern herrschten, begründet ist.

4. Die Erhaltung der streng ethnisch-sprachlichen Bedeutung in der Form dt. *Slave* ist das Ergebnis des Einflusses des slavischen Elements, das im deutschen Staate in beträchtlicher Menge bis zu den letzten Zeiten lebt.

5. Die Namen **Stov*- wie auch **Went* / -*et* / -*ot* / -*at*- usw. haben ihre Grundlage in der Natur der Länder, in denen sich diese Namen festigten; der ethymologisch-semantische Inhalt dieser Namen charakterisiert nur das geographische Milieu, in dem diese Namen angenommen wurden und woher sie sich verbreiteten.“

[Nazwy Słowian (zachodnich) w dokumentach niemieckich; in: „Slavia Occidentalis“, Bd. VIII (1928), S. 453—504.]

(88)

Die Wiederaufrichtung Polens im Urteile eines italienischen Diplomaten.

Tommassini, der von 1920—1923 als Gesandter Italiens in Warschau wirkte, hat im Jahre 1925 ein umfangreiches Buch in italienischer Sprache unter dem Titel: „La risurrezione della Polonia“ veröffentlicht. Dieses Buch ist vor kurzem auch in polnischer Übersetzung erschienen und so einem breiten Leserkreise zugänglich geworden¹⁾. Und schon bald wurden Stimmen der Empörung in den Kreisen der Nationaldemokratie laut, bis dann R. Pięstrzyński im „Kurjer Poznański“ offen von „Irrtümern und Verleumdungen des Herrn Tommassini“ sprach. Dieser Aufsatz ist dann in mehreren nationaldemokratischen Blättern nachgedruckt worden. Der Anlaß zur Aufregung im nationaldemokratischen Lager ist recht verständlich, wenn man die von Pięstrzyński beigebrachten Zitate aus dem Buche Tommassinis liest.

Tommassini hat vor allem der polnischen Nationaldemokratie ihre Hörigkeit gegenüber Frankreich vorgeworfen und auf der anderen Seite das weitgehende Entgegenkommen Frankreichs gegenüber den imperialistischen Wünschen der polnischen Rechtsparteien geißelt. (Die im folgenden angeführten Zitate aus Tommassini sind Rückübersetzungen aus der polnischen Übersetzung.)

Aber die Beziehungen Frankreichs zu Polen und Deutschland äußerte sich Tommassini: „Die Beurteilung der polnischen Frage durch Frankreich geschah immer von einem beschränkten und ein-

¹⁾ Wir werden über dieses Buch noch ausführlich berichten. (Red.)

(Die Wiederaufrichtung Polens im Urteile eines italienischen Diplomaten.)

seitigen Gesichtspunkte aus. Wenn es darum ging, die polnischen Interessen gegen die deutschen aufrecht zu erhalten, so konnte man die letzteren nicht und erreichte auf diese Weise drei Resultate: die Vergrößerung der staatlichen Macht Polens, die Schwächung Deutschlands und immer größere Vertiefung des Abgrundes, der beide Reiche trennt. Der Kulminationspunkt dieser Politik war die unglückliche Lösung des Zugangs Polens zum Meere, die Schaffung der Freien Stadt Danzig und die Abtrennung Ostpreußens von dem Rest des deutschen Staatsgebietes (S. 273 der polnischen Ausgabe).

Über die Bevölkerung Danzigs bemerkt Tommassini in seinem Buche, daß sie „durchdrungen von deutschem Nationalgefühl sei und bereit, auf dessen Altar ihre eigenen materiellen Interessen zu opfern“. Der italienische Verfasser fährt dann fort: „Aberdies zerteilt seine (d. h. Danzigs) Verbindung mit Polen Preußen in zwei Teile. Auf diese Weise wurde das deutsche Volk, das zahlreichste in ganz Europa, das einzige, dessen Territorium auseinandergerissen ist. Der eine Teil Deutschlands — Ostpreußen, die Heimat Kant's — ist abgetrennt von dem Rest durch den polnischen Korridor, der Polen mit der Freien Stadt verbindet . . . Hierdurch hat der Versailler Vertrag das Werk zunichte gemacht, das zweihundert Jahre hindurch die politische Aspiration Preußens und Deutschlands war“.

Ja, Tommassini geht noch weiter und behauptet, daß der Versailler Vertrag „in Wirklichkeit den Polen in Danzig einen schlechteren Zugang zum Meere gab, als den es gehabt hätte, wenn diese Stadt vollständig in den Händen Deutschlands geblieben wäre“.

Aber nicht genug damit, auch dafür, daß Westpreußen hätte bei Deutschland bleiben müssen, tritt Tommassini in seinem Buche ein und äußert sich über die Schaffung eines Zugangs zum Meere für Polen in folgender Weise:

„Der politisch polnische Hafen hätte sich in Memel, der Mündung des Stromgebietes des Njemen, dieser Hauptarterie seiner östlichen Länder befinden müssen. Memel müßte durch Litauen annektiert werden, das seinerseits eine Union mit Polen, gemäß den Traditionen der Vergangenheit, eingegangen wäre“.

Der polnische Verfasser des Zeitungsartikels meint hierzu, daß dieser Vorschlag Tommassinis nur die Wiederholung des deutschen Programms und der Pläne der polnischen Föderalisten sei, „die Hinwegdrängung Polens von dem Unterlauf der Weichsel und seinen urchen polnischen Grundlagen, ferner die Verschiebung Polens nach dem Osten, der eine polnische Minderheit hat und durch die bolschewistische Propaganda unterminiert ist, bedeutet haben würde“.

Ebenso wichtig wie über Danzig und den polnischen Korridor sind die von unserem polnischen Gewährsmann zitierten Äußerungen Tommassinis über Oberschlesien. Hier geht der Italiener wieder scharf gegen Frankreich und besonders dessen Vertreter, den General Le Rond vor. In Streiffragen zwischen Deutschland und Polen habe Frankreich das letztere „ohne Vorbehalt bis zum Absurdum unterstützt“. Tommassini geht sogar so weit zu erklären, General Le Rond „kam nach Oberschlesien mit dem ausdrücklichen Auftrage, um jeden Preis die Volksabstimmung mit einem für Polen vorteilhaften Resultat durchzuführen“, und sei, von den Polen in ihre Pläne eingeweiht, absichtlich abgefahren, um ihnen bei ihrem Aufstande freie Hand zu lassen.

Den Aufstand selbst nennt der italienische Diplomat „eine Tat verbrecherischer Raserei“. Es ist bemerkenswert, daß Tommassini sich in seinem Werk ausdrücklich als einen Deutschenfreund bezeichnet, und so lobt er auch Pilsudski wegen seines maßvollen Verhaltens gegenüber Deutschland. Ebenso nimmt er sich der deutschen Minderheiten in Polen an, wirft alle Schuld an den den Deutschen gegenüber begangenen Bedrückungen auf die polnischen Rechtsparteien und meint: „das deutsche Element muß staatsfeindlich sein“. Besonders scharf greift Tommassini, wie schon erwähnt, an vielen Stellen seines Buches die polnische Nationaldemokratie und vor allem ihre Führer Seyda und Dmowski an. Es ist verständlich, daß diese Stellungnahme des italienischen Diplomaten in den Kreisen der Nationaldemokratie starke Beklemmungen hervorgerufen hat. Man weiß sich aber zu helfen,

(Die Wiederaufrichtung Polens im Urteile eines italienischen Diplomaten.)
indem als Beweggrund Tommassinis für sein Verhalten persönliche Feindschaft gegen Seyda vorgegeben wird.

Man behauptet, der italienische Gesandte habe in einer „beispiellos aufdringlichen Weise“ sich bemüht, der polnischen Regierung Lieferungsverträge für italienische industrielle Unternehmungen abzunötigen und habe hierbei sogar mit politischen Konsequenzen gedroht. Seyda, der damals Minister des Auswärtigen war, habe aber dieses Vorgehen energisch zurückgewiesen und dafür gesorgt, daß Tommassini abberufen wurde. Dieser sei dann von Mussolini nicht mehr im diplomatischen Dienst verwendet worden, und daher rühre sein erbitterter Haß gegen Seyda.

Selbst wenn die Feindschaft Tommassini—Seyda tatsächlich erwiesen wäre, so dürfte damit der ablehnende Standpunkt des italienischen Diplomaten in bezug auf die polnisch-französische Politik und seine scharfe Kritik an der polnischen Politik gegenüber Deutschland keineswegs eine genügende Erklärung gefunden haben.

Für uns ist auf jeden Fall das Urteil dieses Mannes, der als unparteiischer Augenzeuge angesehen werden muß, von sehr hohem Werte.

[„Błędy i oszczerstwa p. Tommassiniego“ in: „Gazeta Warszawska“ Nr. 339 (14. XI. 1928).]

(84)

Die militärische Bedeutung Ödingens.

Im Rahmen weiterer Erörterungen („Kriegshandlungen in der Ostsee“) untersucht der polnische General de Henning-Michaelis auch die Lage Ödingens in militärischer Hinsicht. Er fordert hier, „daß das polnische Volk sich klar darüber wird, was die Ostsee in militärischer Hinsicht bedeutet“. Und zwar müsse vor allem festgestellt werden, ob die Ostsee im Kriegsfall für die Verbindung mit dem Auslande offen bleibe. Zur Erläuterung gibt der Verfasser eine kurze Darstellung der Kriegshandlungen in der Ostsee während des Weltkriegs und stellt schließlich fest, „daß solange eine deutsche Kriegsflotte existiert, die Schlüssel zur Ostsee sich in Händen Deutschlands befinden“. Und dies trotz der Beschränkungen des Versailler Vertrages. Hierbei fällt bei Erwähnung des Verbots des Baues von Marineflugzeugen und Unterseebooten durch Deutschland die eigenartige Bemerkung „aber wovon (leben?) die Petersburger Werften und die Sowjetflugzeugfabriken?“ Auch heute stelle die deutsche Flotte selbst in ihrem jetzigen Zustande eine Macht — gegenüber den Flotten der übrigen Ostseestaaten — dar.

Über Polen heißt es dann: „seine Kriegsschiffe sind bloß Ausbildungsstätten für das Personal, das für die in Frankreich gebauten Kampfeinheiten bestimmt ist — Unterseeboote und Torpedozerstörer —; die Typen zeigen deutlich, daß die Ziele der polnischen Flotte bloß defensiv sind und voll und ganz unserer geographischen Lage entsprechen“.

Dieser Behauptung entsprechen eigentlich nicht ganz die folgenden Ausführungen: „Unser einziger wirklicher Gegner in der Ostsee ist Deutschland; die Bolschewisten besitzen nicht genügende Kräfte für einen Angriff. Die Aufgaben, die an unsere Flotte gestellt werden können, sind beschränkt: Lähmung des Handels zwischen Deutschland und Schweden und eventuell Sowjetrußland; Zerschneidung der Seeverbindung zwischen Swinemünde und Königsberg; diese zweite Aufgabe hat erstklassige Bedeutung mit Rücksicht auf die bedeutende Offensivrolle, die bei einem Kampf mit Polen sicherlich Ostpreußen, das allerdings seine Hauptbasis im Reichszentrum besitzt, spielen wird.“

Die Basis für die polnische Flotte sei Ödingen, das in gewisser Hinsicht durch Hela gesichert sei, „falls die Halbinsel weittragende Batterien besitzt“. Im weiteren folgen dann Ausführungen über die Möglichkeiten der Verteidigung des Seehafens gegen einen Flottenangriff. Anscheinend wird aber diese Gefahr, die von der

Fraktur = Bericht.

Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.

deutschen Flotte droht, doch nicht sehr hoch eingeschätzt, denn schließlich fährt der Verfasser fort, „die größte Gefahr droht Gdingen von der Landseite, eine feindliche Macht kann es sowohl von Westen wie von Osten angreifen — ein beschleunigter Tagesmarsch trennt es von einem unerwarteten Überfall. Einen Überfall verhindern kann nur eine Landmacht, die technisch gut ausgerüstet, verständnisvoll das für eine Verteidigung gut geeignete Gelände ausnützt“.

[E. de Henning-Michaelis, Operacje wojenne na Bałtyku; in: „Kurjer Warszawski“, Nr. 264 (23. IX. 1928).]

(90)

Polen und der Danziger Hafen.

Aus einem größeren Werk über „Polens Seewirtschaftspolitik“, das auf Veranlassung des polnischen Ministeriums für Gewerbe und Handel herausgegeben worden ist, entnehmen wir über den Danziger Hafen folgendes:

Zunächst erörtert der Verfasser die Rechte, die dem polnischen Staate durch den Versailler Vertrag (Art. 100—108) in bezug auf Danzig zuerkannt wurden, und fährt dann fort: „während der Verhandlungen über die polnisch-Danziger Konvention, die im Frühjahr 1920 im Beisein des einstweiligen Verwalters der Stadt Danzig, Sir Reginald Tower, stattfanden, trat Herr Sahn, der damalige Oberbürgermeister Danzigs, allen Rechten Polens, die ihm durch den Versailler Vertrag zuerkannt waren, mit absoluter Negation entgegen und wurde leider, trotz dem offensichtlichen Fehlen der Berechtigung durch Tower unterstützt.“ Der englische Vorschlag bezüglich des Hafenausschusses „traf allerdings auf kategorische Abweisung der polnischen Delegation. England vermochte es trotzdem, diesen Plan durchzuführen, indem es Polen im kritischen Augenblick des bolschewistischen Angriffs zur Anerkennung des Hafenausschusses gegen das Versprechen Englands, militärische Hilfe bei Überschreitung der Curzon-Linie durch die Bolschewisten zu leisten, zwang. Obwohl England sein Versprechen nicht einlöste, blieb Polens Verzicht auf die Rechte aus dem Versailler Vertrage unverändert.“

Aber die Danzig-polnischen Verträge (Pariser Konvention, Warschauer Abkommen) fällt der Verfasser sodann folgendes Urteil: „Beide Konventionen änderten die grundlegende Idee des Versailler Vertrages, — und vor allem der Wilsonschen Punkte zu Polens Ungunsten, und überdies ergriff Danzig energische Maßnahmen, indem es sich bemühte, Polen die Nutzung seiner schon an sich beschränkten Rechte unmöglich zu machen.“ Bezüglich der Erörterung der natürlichen Bedingungen für den Danziger Hafen ist erwähnenswert, daß (im Gegensatz zu anderen polnischen Schriftstellern, wie z. B. Bagiński in seinem Buche „Dostęp Polski do morza“) der Verfasser betont, „daß Danzig ungewöhnlich günstige natürliche Bedingungen besitzt“, und daß er ferner (ebenfalls im Gegensatz zu Bagiński und der Mehrzahl der polnischen Schriftsteller) erklärt: „die weiträumigen Gebiete auf dem rechten Weichselufer, zwischen Westerplatte und Kaiserhafen, gewähren Hafenausbaumöglichkeiten.“

Die einzelnen Angaben über den Hafen beruhen auf den Veröffentlichungen des Danziger Hafenausschusses, enthalten also für den deutschen Leser nichts Neues. Wichtiger ist jedoch die Art, in welcher der Verfasser das Munitionsbecken erwähnt. Ohne die Kostenfrage zu streifen, gibt er an, daß das 1926 dem Betrieb übergebene Becken, das für Munition bestimmt ist, „uns, außer dem politischen Vorteil [!] eine Entlastung des Verkehrs im Hafen schafft. Die anliegenden Hafengebiete sind von diesem Becken durch einen hohen Wall, als Explosionschutz, getrennt.“

Sodann wird die Frage des Hafenausbaus untersucht, wobei die Erhöhung der Umschlagsleistung von 3 Millionen auf 8 Millionen zu erwähnt wird. „Aber aus finanziellen und technischen Gründen konnte das Ausbautempo Danzigs noch nicht mit dem Wachstum des polnischen Handels Schritt halten, so daß die Verkehrsbedürfnisse noch bedeutend den Ausbau überschreiten¹⁾.“ Wenn sodann das neue Hafenbecken und die dadurch bedeutend erhöhte Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens dargestellt wird, so heißt es aber weiter: „Man darf nicht vergessen, daß sich die Hafenfrage so gegenwärtig darstellt, nach zahlreichen Verbesserungen, die hervorgerufen wurden durch einen starken Druck, den unser Handel ausübte, und nach einem gewissen Wechsel des Danziger Standpunkts, der die Zusammenarbeit der Danziger Kommissare mit den polnischen ermöglichte.“ Die vom Verfasser erwähnten Mängel des Danziger Hafens dürften nicht ganz zutreffend sein. So behauptet er z. B., es seien keine Lade- und Löschvorrichtungen für Massengüter vorhanden gewesen. In bezug auf Kohle stimmt dies wohl, allerdings ist dieser Mangel aber erst im Jahre 1925 bei Beginn der polnischen Kohlenausfuhr fühlbar geworden und wird jetzt durch das neue Becken bei Weichselmünde behoben. Wenn der Verfasser aber das Naphtha erwähnt, so braucht nur auf die schon 1920 vorhandenen Tanks verwiesen zu werden, die seitdem nicht mehr für die Aufbewahrung von amerikanischem bzw. russischem Importpetroleum, sondern für polnisches Exportpetroleum dienen. Abgesehen von solchen Unrichtigkeiten ist dem Verfasser zuzustimmen, wenn er schließlich auf die Notwendigkeit vieler Verbesserungen, die inzwischen aber erfolgt sind und die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens von 3 auf rund 11 Millionen to jährlich vermehrt haben, hinweist. Wie aber das vom Verfasser geforderte einmütige Zusammenarbeiten der Danziger und polnischen Mitglieder des Danziger Hafenausschusses aussehen soll, darüber hat er seine besonderen Ansichten, nämlich: „Indessen der Standpunkt der Danziger Kommissare gab sich sofort als unbedingt allen [!] Forderungen und Wünschen Polens feindlich gegenüberstehend zu erkennen. Überhaupt setzte es sich Danzig zum Ziel, den Ausschuß dazu zu benutzen, um Polen alle Rechte abzunehmen, und nach Erlangung dieses Zieles dem Ausschuß die gesamte Macht im Hafen zu nehmen.“ Als charakteristische Beispiele nennt der Verfasser sodann die Danziger Forderung nach deutscher Amtssprache, den Widerstand Danzigs gegen die Munitionseinfuhr sowie den Poststreit. Zum letzten Punkt bemerkt der Verfasser dann: „Schon vor einigen Jahren setzte Danzig unter Negation der Pariser Konvention der Einführung der polnischen Post dauernden Widerstand entgegen. Auf die von seiten Polens vollkommen berechnete Einführung des Außendienstes im Hafen antwortete Danzig mit brutalen Excessen der Bevölkerung, Protesten des Senats und Presseausfällen.“ Die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtes usw. beweisen nach Ansicht des Verfassers aufs Beste, „daß der Ausfall Danzigs keine Verteidigung seiner angeblich bedrohten Rechte, sondern eine offene politische Aktion gegen Polen war.“ Ungefähr das Gleiche sagt der Verfasser betr. die militärische Bewachung der Westerpforte, „welches Recht erneut volle Bestätigung beim Völkerbunde fand.“

Eine charakteristische Entgleisung dieser sonst wissenschaftlichen Schrift ist schließlich auch der Satz: „Bei einem solchen Stand der Dinge, in feindlichem Milieu, bei einem Personal, das sich fast ausschließlich aus früheren preußischen Beamten zusammensetzte, war nicht nur eine ertragreiche Arbeit, sondern sogar die Stellung der polnischen Kommissare selbst außerordentlich schwierig.“ Und das sei der Grund dafür gewesen, daß die Verbesserungen des Hafens so spät erfolgt seien! Aber die finanzielle Seite des Ausbaus des Danziger Hafens meint der Verfasser: „es war ausgeschlossen, daß sich Kapitalien für solche großen Unternehmungen bei so unsicheren politischen Bedingungen finden würden.“ Danzig sei allein für die Tragung solch großer

1) Wie verläuft, sollen die polnischen Mitglieder des Danziger Hafenausschusses sich nicht gerade für den Neubau des Hafenbeckens bei Weichselmünde eingeliebt haben. (Red.)

Kosten zu schwach gewesen, „solche großen Kosten für den Ausbau konnte nur ein Land anlegen, für das der Hafen kein sich gut rentierendes Objekt sein würde, sondern ein großer Faktor für den gesamten Fortschritt des heimischen Handels und der Industrie.“ Wenn auch Polen sich in dieser Lage befand, so hätte es trotzdem nicht die hohen Kosten übernehmen können, „da es keine klar und real garantierten Rechte auf den Hafen besaß“. Nach dieser sehr ansehbaren Begründung heißt es weiter: „Gegenüber dem feindlichen Standpunkt, den die Freie Stadt sofort zu Polen einnahm, war für uns die Frage des Baues eines eigenen Hafens unerlässlich, sogar brennend.“ Diese Sachlage hat sich nach Meinung des Verfassers noch in keiner Weise geändert, denn: „obwohl wir jetzt in den polnisch-Danziger Beziehungen eine bedeutende Wandlung zum Bessern, in Verbindung mit der Politik des neuen Senats . . . , der die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Polen anerkennt, festgestellt haben, verliert die Notwendigkeit, einen eigenen Hafen, der unabhängig von den Richtungen und Überraschungen fremder Politik ist, zu besitzen, trotzdem nichts von ihrer Dringlichkeit.“ Von welcher Art die Notwendigkeit ist, erfährt man aus einer Bemerkung des Verfassers bei der Erörterung des Gdingener Hafens (S. 172): „Gerade unser eigener Hafen stärkt unsere Stellung in Danzig, da er uns in hohem Maße unabhängig macht von den Richtungen der Danziger Politik und uns erlaubt, in den Augenblicken, da dies notwendig wird, Danzig gegenüber für einen bestimmten Zeitraum Boykott anzuwenden, indem wir unseren Umschlag nach Gdingen leiten . . .“¹⁾ Es ist nicht unwichtig zu wissen, daß die Äußerungen einer Schrift entstammen, deren Drucklegung, wie schon eingangs erwähnt wurde, das polnische Handelsministerium veranlaßt hat.

[E. Bohdan: „Morska polityka gospodarcza Polski“, (Warschau 1928), S. 129—144.]

(83)

Kiedroń, J. Die Eisenbahn Oberschlesien-Gdingen.

Der frühere Handelsminister Kiedroń untersucht in diesem Aufsatz eingehend die Frage der „Kohlenmagistrale“, welche er das „dringendste Wirtschaftsproblem Polens“ nennt. Und zwar geht er aus von der Kohlenproduktion, die auf 45 Millionen to jährlich (vor dem Kriege 41 Millionen to) angegeben wird; eine weitere Erhöhung auf 50 Millionen to sei ohne Erweiterung der Anlagen möglich. Demgegenüber betrug der inländische Verbrauch im Höchstfalle 26 Millionen to (1927) (allerdings bei Schwankungen bis auf 21 Millionen to). Nehme man als Normalgrößen an: Gesamtproduktion 45 Millionen to; Inlandsverbrauch 26 Millionen to, so verblieben für den Export rund 10—20 Millionen to. Der Verfasser meint allerdings, daß die Exportquote sich verringern könnte, falls sich der gegenwärtig nur 0,85 to pro Kopf betragende Inlandsverbrauch heben würde. Gegenwärtig sei dieser niedrige Stand veranlaßt durch die geringe Industrialisierung Polens und das relativ geringe Kulturniveau der Bevölkerung; das Wachstum des inneren Verbrauchs werde sich aber nur sehr langsam auswirken, so daß die Lage des polnischen Kohlenbergbaus davon keine baldige Besserung erfahren werde. Demnach verblieben vorläufig in erster Linie die Auslandsmärkte.

Hier müsse die polnische Kohlenindustrie jährlich 20 Millionen to mit einem Gesamtwert von 300 Millionen Goldfranken absetzen; daher gelte es die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Polen darauf zu lenken. Die Vorwürfe gegenüber den Bergwerksbesitzern, sie hätten die Konjunktur während des englischen Kohlenstreiks nicht genügend ausgenutzt, weist der Verfasser als unbegründet

1) Von uns gesperrt. (Red.)

zurück, „denn solange die Tarifpolitik der Eisenbahn nicht den tatsächlichen Wirtschaftsbedingungen angepaßt war, waren die Exportmöglichkeiten für polnische Kohle sehr beschränkt.“ Inzwischen sei eine Änderung zum Besseren erfolgt durch die Herabsetzung der seewärtigen Tarife und durch vertragliche Tarifvereinbarungen mit der Tschechoslowakei, Italien und Österreich. Entscheidend werde für den Kohlenexport die Frage der Verkehrsmittel, die der Verfasser im folgenden untersucht.

Wegen der geographisch ungünstigen Lage und der fehlenden Eisenbahnverbindungen (sowohl mit dem Inlande als auch gerade zur See) sei die Lage der polnischen Kohlenreviere sehr schwierig. Der Export zu Lande sei beschränkt. Österreich, der beste Kunde, könne nicht mehr als 250 000 to monatlich abnehmen, für die Tschechoslowakei seien vertraglich vereinbart 60 000 to, ebensoviel könnten auf Ungarn entfallen. Weiter kämen 50 000 to für den Balkan, 80 000 to für Italien und eventuell noch 50 000 to nach den Randstaaten und Rußland (auf dem Landwege) in Frage. Damit sei die Grenze mit rund 550 000 to Monatsleistung gegeben, wozu bei einem eventuellen Vertragschluß mit Deutschland vielleicht noch 350 000 to kommen würden. Damit könne aber gegenwärtig nicht gerechnet werden, so daß immer 14 Millionen to verbleiben, die ausgeführt werden müßten, „um die Produktion auf der normalen Höhe zu halten und unserer Handelsbilanz das für unsere Valuta notwendige Gleichgewicht zu sichern.“

Auf den Märkten an der Ostsee sowie in West- und Südeuropa meint der Verfasser 11 Millionen to unterbringen zu können. Damit würde sich die polnische Kohlenproduktion, wie folgt, verwenden lassen: 25 Millionen to für das Inland, 6 Millionen to für den Export zu Lande, 11 Millionen to für den See-Export, zusammen 42 Millionen to. Kommt der Vertrag mit Deutschland zustande, so kämen noch 4 Millionen to hinzu und der Absatz für die 46 Millionen to Jahresproduktion sei gesichert. Die ganze Rechnung steht und fällt aber damit, ob es gelingt, 11—12 Millionen to über See abzusetzen. Abgesehen von dem Ausbau der Häfen sei „so schnell wie möglich eine unmittelbare Verbindung der polnischen Kohlenreviere mit dem Meere das Kardinalproblem, von dessen günstiger Lösung das Geschick der polnischen Kohlenindustrie, mittelbar die gesamte Wirtschaftslage unseres Staates abhängt.“

Bemerkenswert ist, daß der Verfasser sich als entschiedener Gegner des von der öffentlichen Meinung Polens bevorzugten „Kohlenkanals“ bekennt, gegen den er eine Reihe sehr gewichtiger Gründe anführt. Zwar habe das Ministerium für öffentliche Arbeiten schon eingehende Pläne bearbeitet, aber die Schwierigkeiten hätten dem Ganzen Einhalt geboten. Der Ausbau des Wasserstraßennetzes sei zwar notwendig, aber es habe sich gezeigt, „daß der Bau des Kanals ungeheure Kapitalien erfordere, die wir nicht im Inland besitzen und wegen der Schwierigkeit der Amortisation zu diesem Zweck nicht leicht im Auslande erhalten würden“. Hinzu käme, daß der Kanal die gerade jetzt so dringenden Transportforderungen nicht erfüllen könne, da sein Bau 10—15 Jahre erfordern würde. Wolle man aber den Kohlenbergbau solange auf einem Niveau halten, das um 12—15 Millionen to unter der Produktionskapazität liege, so „müßte das den polnischen Kohlenbergbau zum vollkommenen Ruin bringen“. Für Polen, „das an chronischem Kapitalmangel leidet“, käme ein so kostspieliges Unternehmen wie der Kohlenkanal nicht in Frage, hier sei die einzige Lösung der Bau der „Kohlenmagistrale“, die, „wenn sie entsprechende Transporttarife berechnete, den polnischen Gruben den siegreichen Kampf mit der fremden Konkurrenz auf den Auslandsmärkten ermöglichen würde.“

Dann geht der Verfasser auf den Konkurrenzkampf der polnischen Kohle mit der englischen ein und zwar auf Grund von Berechnungen der schlesischen Kohlenindustriellen. Der Preis für die englische Kohle aus dem Northumberland-Revier, die der gefährlichste Konkurrent der polnischen Kohle sei, betrage sob Newcastle (ohne Gewinn) 19 s. 5,2 d. Allerdings seien Preisabschläge für die Wiedereroberung der Märkte vorübergehend möglich und, wie der Verfasser hinzufügt, auch erfolgt. Unter Hinzurechnung der (eingehend dargestellten) Frachtsätze schwanke der Preis für engli-

sche Kohle auf den Ostsee- und Mittelmeermärkten zwischen rund 26—32 s. [Die deutsche Kohle wird demgegenüber nur kurz berührt, da sie wegen der Preisgestaltung (pro to 21,62 Mark sob Hamburg) nicht konkurrenzfähig sei.]

Gegenüber der Preislage für englische Kohle müsse die polnische Kohle, wenn sie konkurrenzfähig sein solle, sob Danzig für die Ostseemärkte 16 s. 4 d., für das Mittelmeer 15 s. 10 d. kosten. Dementsprechend seien die Kosten frei Grube und die Transport- und Umladekosten bis Gdingen bzw. Danzig festzusetzen. Die Eigenkosten der Gruben gibt der Verfasser (auf Grund der $\frac{2}{5}$ der Eigenkosten betragenden Löhne) mit 22 Zloty an. [Die inzwischen erfolgten Lohnerhöhungen sind dabei aber noch nicht eingerechnet.]

Im Vergleiche zu dem Preise von 17 s. 11 d. [Gestehungskosten der englischen Kohle] sei die Konkurrenzmöglichkeit der polnischen Kohle gegeben, „wenn nur die Frage des billigen Transports zum Meere sich günstig lösen läßt“. Dann bedeute auch eine Preisreduktion von englischer Seite keine Gefahr mehr.

Für die Deckung der gesamten Transport- und Verladekosten verbleibt nach den Berechnungen des Verfassers eine Quote von 5 s. 10 d. bzw. 6 s. 4 d. Demgegenüber betragen die Frachtkosten von der Grube bis zum Hafen 8 Zloty, Umladekosten in Gdingen 2 Zloty, in Danzig 3 Zloty; ferner Standgelder (wegen des unregelmäßigen Zug- und Schiffsverkehrs), insgesamt 14 Zloty, während aus den früheren Berechnungen nur 12,70 bis 13,80 Zloty dafür ausgesetzt werden konnten.

„Daraus geht hervor, daß unter den gegenwärtigen Transportbedingungen der Kohlenexport über Danzig ein Geschäft ist, das den Gruben keinen Gewinn, vielmehr ihnen sichere, recht bedeutende Verluste einträgt¹⁾. . . . Wenn trotzdem der Export stattfindet, so erklärt sich das ausschließlich durch den Wunsch der Gruben, die Produktion auf dem gegenwärtigen, ja im Verhältnis zur Produktionskapazität niedrigen Stand zu halten und dadurch nicht zu weiterer Verringerung der Beschäftigung, dieser schlimmsten Sozialkatastrophe der Gegenwart, zu schreiten.“

Um diese Verluste zu vermeiden, meint der Verfasser, müßten Ersparnisse durch verringerte Fracht- bzw. Umladekosten gemacht werden. Daneben seien außerdem die Transportmöglichkeiten zu den Häfen, „die gerade fähig sind, um rund 500 000 to monatlich zu exportieren²⁾“, zu erweitern. Drei Möglichkeiten seien gegeben:

1. Erweiterung der vorhandenen Eisenbahnlinien,
2. Bau einer besonderen Linie: Oberschlesien-Gdingen,
3. Bau des Kohlenkanals.

Bezüglich des Kohlenkanals wiederholt der Verfasser: „Für die Gegenwart muß man aber feststellen, daß der Bau des Kanals das obige Problem nicht zufriedenstellend löst“ und zwar wegen der zehnjährigen Bauzeit, „welche die polnische Kohlenindustrie nicht aushalten würde, welche vor allem die Arbeiterbevölkerung Schlesiens, die Verdienste braucht, nicht ertragen könnte, und welche unser Staat mit Rücksicht auf die Handelsbilanz nicht aushalten könnte“. Weitere Argumente des Verfassers gegen den Kanalbau sind vor allem die hohen Kosten, die tatsächlich entstehen, und die nur bei Staatszuschüssen zu vermeiden sein würden.

Nach Meinung des Verfassers „verbleibt zur Untersuchung das Projekt einer Erweiterung bzw. Leistungserhöhung der schon vorhandenen Eisenbahnstrecken Schlesien-Gdingen, bzw. der Bau einer besonderen Linie, die das schlesische Kohlenrevier mit Gdingen verbindet“. Und zwar erklärt der Verfasser: „Wir waren und sind der Meinung, daß sich in keinem Fall der Bau einer neuen Spezial-Kohlenlinie vermeiden läßt, wenn wir den seewärtigen Export unserer Kohle von 5 Millionen to) auf 15 Millionen to jährlich erhöhen wollen.“ Außer dem Kohlentransport kämen noch andere Güter, wie Zucker, Getreide, Holz

¹⁾ Von uns gesperrt. (Red.)

²⁾ Im August 1928 sind in Danzig und Gdingen insgesamt 672 000 to umgeschlagen worden.

³⁾ Tatsächlich gingen schon in den Monaten Januar—August 1928 insgesamt 4,6 Millionen to über See gegenüber 5,1 Millionen to im Jahre 1927. (Red.)

(Die Eisenbahn Oberschlesien-Ödtingen.)

usw. für diese Linie in Frage, desgleichen „müßte man dahinstreben, für diese Linie wenigstens teilweise den Transitverkehr . . . zur Tschechoslovakei heranzuziehen“.

Bei dem Bau der neuen Linie meint Verfasser weiter, könnten schon gewisse bestehende Abschnitte ausgenützt werden, um die Anlagekosten zu verringern. Die Linie selbst soll nach der Entscheidung der maßgebenden Stellen folgendermaßen gehen: Kattowitz— Kalesy—Herby—Zduńska Wola—Barlegi—Hohensalza—Bromberg— (Szlachta)—Ödtingen (nach der W. des Staatspräsidenten vom 7. Febr. 1928). Die neue Strecke sei nur 542 km lang statt 674 km (Kattowitz—Kołuszki—Łowicz—Thorn—Danzig). Da die Linie vornehmlich für den Kohlentransport dienen solle und Bahnhöfe und sonstige Einrichtungen weniger auszubauen seien, würde sie nicht so kostspielig werden, als wenn sie für normalen Verkehr eingerichtet werden müßte. Die Kosten würden 220 000 und 240 000 Goldfranken pro km betragen, für die Strecke insgesamt 125—150 Millionen Goldfranken. Die Summe würde sich auf rund 80 Millionen Franken erniedrigen, wenn die schon bestehenden Linien ausgebaut würden [ein zweites Gleis für die Strecke Kalesy—Wieluń mit 81 km, Bau einer eingleisigen Strecke Herby—Hohensalza 255 km, Bau einer eingleisigen Strecke Bromberg—Ödtingen 154 km, Ausbau der restlichen Strecken zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit]. Diese Kombination würde schon einen jährlichen Transport von 12 Millionen to Kohle nach Ödtingen bzw. Danzig ermöglichen.

Da der Verkehr auf dieser Linie bedeutend schneller als bisher (?) geschehen solle, brauche auch der Lokomotiv- und Wagenpark der Eisenbahn nicht allzusehr vermehrt zu werden, es sei denn, daß Waggons von 40—50 to eingestellt werden sollten. Zusammenfassend meint der Verfasser, „angesichts dessen hätten wir zu verzinsen und zu amortisieren den Betrag von 125—135 Millionen Franken“. Dafür würde sich nach seiner Meinung „bei der allgemeinen Stabilisierung der Wirtschaftslage in unserem Staate ausländisches Kapital zu 6 % Verzinsung und 1 % Amortisation finden, . . . 1)“. Insgesamt sei die Jahresleistung für den Schuldendienst dieser Anleihe mit 9 Millionen Schweizer Franken anzusehen. Bei einem jährlichen Transport von 15 Millionen to kämen für diese Kosten pro to eine Belastung von 0,6 = 1 Zloty zustande. Ganz im Gegensatz dazu, daß z. B. wegen der zu geringen Verzinsung unseres Erachtens die Gesamtlast zu niedrig angesehen ist, meint der Verfasser weiter, diese Belastung würde noch niedriger sein, wenn der Erztransit für die Tschechoslovakei auf diese Bahn geleitet würde.

Gegenwärtig betrage der Satz pro Tonnenkilometer 1,5 Groschen; dieser Satz sei zu erniedrigen, und zwar auf höchstens 1 Groschen bzw. 6½ Zloty für die ganze Strecke Schlesien—Ödtingen. Ferner würden sich auch „nach dem entsprechenden Ausbau des Hafens von Ödtingen die Umladekosten erniedrigen“. Insgesamt sollen nach der Forderung des Verfassers die Kosten pro to Kohle sob Ödtingen betragen: 5,60 Zloty Fracht + übrige Kosten 2,50, insgesamt 8,10 Zloty, gegenüber dem bisherigen Satz von 14 Zloty. Angeseht hatte der Verfasser auf Grund seiner ersten Berechnungen für diese Kosten eine Quote von 12,70 Zloty, also „würden nach Abzug der 8,10 Zloty von dieser Summe für die Gruben rund 4,60 Zloty pro to verbleiben“; bei insgesamt 15 Millionen to jährlich rund 70 Millionen Zloty, „welche die so dringende Modernisierung der Anlagen und damit weitere Verringerung der Eigenkosten ermöglichen würden“).

Von dem Bau der Eisenbahn, dem Ausbau des Hafens in Ödtingen [meistens ist nur von diesem die Rede, Danzig wird nur beiläufig erwähnt] verspricht sich der Verfasser neben der möglichen Produktionssteigerung und der damit verbundenen Beschäftigung von mindestens 10—20 000 Arbeitern vor allem für die Handelsbilanz einen Aktivposten von rund

1) Man vergleiche hierzu, daß gegenwärtig die 7 proz. polnischen Anleihen an den Auslandsbörsen folgendermaßen notiert werden:

Stabilisierte Anleihe 1927	ca. 90 Proz.
Warschauer Stadtanleihe	ca. 86 „
Oberschlesische Anleihe	ca. 89 „

Der Realzinsfuß dürfte also zumindest bei 7,8—8,1 Proz. liegen; mit Kosten, Provision usw. wäre die Anleihe also kaum unter 9—10 Proz. zu erlangen!

2) Diese Rechnung steht und fällt mit der verkappten Staatsubvention in Gestalt des Frachtaufschusses. (Red.)

(Die Eisenbahn Obereschlesien-Gdingen.)

240 Millionen Zloty [8 Millionen to zu 30.— Zloty] „eine Summe, die alljährlich in Gestalt fremder Valuten in unser Land einströmte“. Außerdem könnte Polen dann versuchen, „teilweise den Transitverkehr Hamburg—Tschechoslowakei auf diese Linie abzuziehen, was außer dem unmittelbaren materiellen Gewinn eine außerordentliche politische Bedeutung für unsern Staat¹⁾ haben würde.“

Nach der Bemerkung, daß durch den Ausbau der Bahn auch andere Gegenden Polens, wie das ertragreiche Kujawien belebt würden und der Einfluß der Bahn auf den gesamten Wohlstand im Lande ungeheuer sein würde, meint der Verfasser schließlich: „Man muß auch daran denken, daß die neue Bahn für die ganze Welt der sprechendste Beweis für die Lebenskraft, den Unternehmungsgeist und die Staatsklugheit Polens sein wird. Wenn Europa erkennt, daß wir jährlich 15 Millionen to Kohle zu unseren Häfen transportieren, — außer Millionen to anderer Produkte wie Holz, Mehl, Hüttenprodukte usw. — so kann und wird es endlich begreifen, daß die Frage des pommerellischen Korridors für uns nicht eine Frage des „Prestige“, sondern die lebenswichtigste Wirtschaftsfrage, die Lebensfrage für Polen überhaupt ist²⁾.“

Der Ausbau der Eisenbahn Schlesien—Gdingen wird am besten die Bevölkerung Schlesiens, die mit so großer Begeisterung²⁾ für die Vereinigung mit dem polnischen Volke gestimmt hat, davon überzeugen, daß Polen seine Versprechungen in dem Maße, wie seine materiellen und wirtschaftlichen Kräfte wachsen, erfüllt und in Zukunft immer erfüllen wird. Eine solche Überzeugung in der Bevölkerung Schlesiens wird das stärkste Band sein, das Oberschlesien mit dem Mutterland verbindet.“

[Kolej Górny Śląsk-Gdynia jako najpilniejszy problemat gospodarczy Polski; in der Zeitschrift: „Żegluga“, Jhg. 2, Heft 5/6, S. 13—16 und Heft 7/8, S. 3—6.]

(91)

Łęgowski, St., Fortschritte im Bau des Gdingener Hafens.

Der Verfasser (Leiter der Hafenabteilung) gibt in einer erstklassig ausgestatteten Sonderbeilage über Bauwesen zu der Warschauer Zeitung „Epoka“ folgenden Bericht über das Fortschreiten des Hafenbaus, — der als Ergänzung zu dem von uns in Nr. 3, S. 53, der „Ostland-Berichte“ gebrachten und von dem gleichen Verfasser stammenden Aufsätze dienen kann.

Das französisch-polnische Baukonförium beschäftigt gegenwärtig bis zu 1000 Arbeiter. Der lange Winter (1927/28) habe den Beginn der Bauftätigkeit sehr verzögert, so daß die Beschleunigung der Arbeiten dringend notwendig werde, um das diesjährige Bauprogramm (Wasserbauarbeiten für rund 18 Millionen Zloty) in der kurzen Bauperiode zufriedenstellend durchzuführen. Über die gegenwärtige Auswertung des Hafens wird mitgeteilt: Der monatliche Kohlenexport über Gdingen beträgt 150 000 to, der Import habe kürzlich 15 000 to erreicht. Am 15. Mai waren fertiggestellt: von der Nordmole 700 m, vom Wellenbrecher 900 m. Von den 8 m tiefen Eisenbetonkaisflächen sind bereits 400 m der Benutzung übergeben, außerdem werden 350 m im inneren Becken mit Eisenbahngleisen versehen und in diesen Tagen verwendungsbereit. Hier sind vorgesehen: die Kühlhalle, Heringsläger und die provisorischen Einrichtungen für den Holzexport. Ferner seien zur Benutzung freigegeben 200 m Kai am Hangar, anschließend weitere 200 m sowie 150 m an der Reischälsmühle. Am 15. Mai 1928 würden also in Gdingen im ganzen 1300 m Kaianlagen fertig sein. Annähernd fertiggestellt seien außerdem 600 m mit 10 m Tiefe, ferner seien nicht eingerechnet 200 m Kai südlich der Südmole, die für die Benutzung bei gutem Wetter freigegeben sind. In diesem Jahre solle der Vorhafen geschlossen werden, dadurch würden hinzukommen 350 m Kai mit 10 m Tiefe am Bassin und

1) Von uns gesperrt. (Red.)

2) Die Prozentzahlen der Volksabstimmung ergeben ein anderes Bild! (Red.)

rund 900 m Kai mit 9 m Tiefe an der Südmole. Ende des Jahres solle Öbingen also 2600 m Kaianlagen, also 100 % mehr als jetzt besitzen.

Ferner sind nach dem Bericht des Verfassers vorgesehen eine Reihe von Arbeiten am Fischereihafen und am Kriegshafen. Für das kommende Jahr verbleiben die Arbeiten an der Nordseite des Innenbassins sowie die Beendigung des Piers und der Kais am Außenbecken. Allerdings sei nicht ausgeschlossen, daß das Bauprogramm für dies Jahr noch vergrößert werde.

Von Arbeiten, die außerhalb des Bereichs der Wasserbauarbeiten liegen, erwähnt der Verfasser: Bau eines provisorischen Güterbahnhofs im Hafen, ferner Nachtquartier für 300 Arbeiter, Lotsenstation für das Hafensmagazin, Bauten, die im Laufe von zwei Monaten fertiggestellt sein sollen. Ferner ist nahezu fertiggestellt das Hafensbaubüro mit Dienstwohnungen am Seesteg neben dem im Bau befindlichen Gebäude der Direktion der „Zegluga Polska“ (Polnische Staatliche Schifffahrt). Daneben befinden sich das Gebäude des Staatlichen Meteorologischen Amtes und die Fischereikolonie.

Bestellt seien bei der „Danziger Werft“ acht Kräne mit $2\frac{1}{2}$ bzw. $1\frac{1}{2}$ to Tragkraft, die im Frühjahr 1929 in Dienst gestellt werden sollen. Benutzt werden ferner schon die Gebäude des Seeamtes sowie des Hafenzollamtes. Die Auswanderungshalle wurde von der Südmole an das innere Hafenbecken verlegt, wo sie zum Ausbau einer besonderen Auswanderungsstation benutzt werden soll. Außer gewissen Summen für die Elektrifizierung und den Ausbau des Wasserleitungsnetzes sieht das Budget ferner den Bau einer ärztlichen Hilfsstation im Hafen vor. Allerdings seien diese Summen sehr gering bemessen, so daß in diesem Jahr nicht viel geschaffen werden könne.

Größere Summen seien vorgesehen für Gleisbauten und Wege. Hier mache der stetig wachsende Hafenverkehr größere Investitionen unerlässlich, um die Anforderungen an die Eisenbahn zu erfüllen. Obwohl die für den Wegebau vorgesehenen Summen größer seien, so verschlinge doch der Bau der Chaussee, welche von Öbingen um die Hafenanlagen herum nach Orhöft führen soll, den größten Teil, und für die Bauten im Hafen verbleibe daher wenig. Zwar habe die Inbetriebsetzung der Dampffähre sowie der beiden Passagierdampfer die Verbindung sehr verbessert, aber der Bau der Ringstraße nach Orhöft werde eine immer brennendere Frage.

Um den Hafenausbau zu beschleunigen habe man mit einem Teil der Baukosten gegen Erteilung langdauernder Konzessionen Privatfirmen belastet. So sei das Abkommen mit dem Robur-Konzern zustande gekommen, wodurch Verladevorrichtungen für 250 000 to Kohle pro Monat geschaffen werden würden. Zwei 7-to-Kräne sollten im Juni, eine Verladebrücke mit Rippvorrichtung im Oktober in Betrieb gesetzt werden. Weitere Einrichtungen, von Robur projektiert, seien noch nicht festgelegt. Auch mit anderen Kohlenfirmen („Giesche“, „Progreß“) seien Verhandlungen im Gange¹⁾.

Ferner erhielten die „Kraukauer Reisschälmaschinen“ ein Gelände mit 140 m Kaifläche und errichteten hier eine Reisschälmühle, die von Beginn des Monats Mai 1928 in Betrieb ist. Der Reis wird unmittelbar von Indien mit Schiffen von 8 500 to eingeführt. Ein großer Teil des geschälten Reises geht ins Ausland, vornehmlich nach den Ostseemärkten.

Ein weiterer Vertrag ist geschlossen worden mit dem Elektrizitätswerk in Groddek, das bereits eine 150 km lange Leitung zum Hafen gebaut hat und so provisorisch den Hafen und die Reismühle mit Kraft und Licht versorgt. Die Transformatorstation ist schon unter Dach, und nach ihrer Fertigstellung wird der ganze Hafen von Groddek her mit elektrischem Strom versorgt werden. Als dann soll das bisherige Elektrizitätswerk im Hafen stillgelegt und nur im Notfalle als Hilfsstation verwandt werden.

[Postępy budowy portu w Gdyni; in „Kampanja Budowlana“, Sonderbeilage zu Nr. 220 der „Epoka“ vom 10. VIII. 1928, S. 45.]

(87)

¹⁾ Diese sind inzwischen zum Abschluß gekommen, wodurch Verlademöglichkeiten für weitere 150 000 to Kohle geschaffen werden sollen. (Red.)

Der Hafen in Dembek.

An und für sich ist das Projekt, das der rührige Direktor der „See- und Flußliga“, Uziembło hier vorbringt, nicht gerade bedeutungsvoll. Bezeichnend erscheint aber die ganze Art seiner Ausführungen. Zufrieden stellt Herr Uziembło fest, daß „die breite Öffentlichkeit Polens heute schon wenigstens Gdingen, Hela kennt und etwas von Hallerowo, Rixhöft und Karwenbruch gehört hat“, aber leider sei die weiter westlich gelegene Gegend unbekanntes Land. Das aber dürfe nicht so bleiben: „wir haben davon (von der Küste) so unerhört wenig, daß nicht nur jeder Kilometer — sondern jede Elle davon, wie das in kräftiger Form Minister Kwiatkowski ausdrückte, „aktivisiert“ — zum Leben gebracht werden muß, zur Tätigkeit, zur Ausstrahlung — nach der See und dem Inlande hin, über die Landesgrenzen hinaus. . . .“ Außerhalb Gdingens herrsche heute zwar noch überall ein Chaos, westlich davon gebe es nicht einmal ein Chaos: „hier gibt es nur eine Einöde, deren Mitte zwei Zentren des streitbaren Deutschtums, eines in Krokow, das andere auf den Keyserlingkschen Gütern¹⁾, einnehmen“. Die Betrachtung des Landes, dessen Reize dann ausführlich geschildert werden, bringt den Verfasser auf den Gedanken, ob diese Gebiete nicht in Gartenstücke zerlegt und die Bevölkerung auf das Zehnfache (!) verdichtet werden könnte. Außer der Frage besserer Verbindungswege mit dem übrigen Pommern, die hier helfen könnten, sei es aber das Wichtigste, Fischerei und Schiffahrt zu heben.

Und hier kommt der Verfasser endlich auf seinen Plan, einen Fischerhafen in Dembek an der Piasnitzmündung anzulegen. Dieser sei nicht bloß für die dortige Fischerbevölkerung notwendig, sondern „ohne diese Grundlage ist keine günstige Entfaltung der Ostseefischerei zu erwarten, wird sie immer dazu verurteilt sein, in der Bucht zu vegetieren“. Durch den neuen Hafen würde auch der Passagierverkehr angezogen, dem ein reger Warenimport in diese heute so armen Gegenden folgen werde. „Dann ersteht gerade dort an der Hoheitsgrenze des schwarzen Adlers ein kräftiges Zentrum des polnischen Lebens, das dem Polentum jenseits der Grenze laut verkündet, daß Polen lebt, arbeitet und sich mit elementarer Expansionsfähigkeit entwickelt. Wir wiederholen, gerade an der preußischen Grenze muß dieses Zentrum erstehen. Der Lebloigkeit und Menschenleere des preußischen Pommerns müssen wir die fruchtbare polnische Schöpferkraft, die solche glänzende Prüfung in Gdingen bestanden hat, entgegenstellen.“

[A. Uziembło: „Martwocie pomorza pruskiego przeciwstawmy polską twórczość. O port w Dębku.“ in: „Głos Prawdy“ Nr. 261 (20. IX. 1928) S. 3.] **(85)**

¹⁾ Von uns gesperrt (Red.).

Für die Herausgabe verantwortlich: Dr. W. Recke in Danzig

Druck von W. F. Bureau, Danzig,